

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 114 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, 19. Mai 1934

Chefredakteur: M. Braun

## Aus dem Inhalt

Saarländische Priesterschaft gegen Göbbels	Seite 2
Der Beeliner van der Lubbe	Seite 2
Saarfagen im Vordergrund	Seite 3
Der Hohe Kommissar und seine Tätigkeit	Seite 7

## Erzbischof gegen Streicher

### Ein scharfer Brief des Erzbischofs von Canterbury - Vierzig Kirchenführer schließen sich an — Der Reichskanzler kapitulliert vor den ausländischen Protesten

Der Erzbischof von Canterbury schrieb einen Brief an die „Times“, den das Blatt in der Nummer vom 16. Mai veröffentlicht:

„Sie gestatten mir, meinen Protest mit denen zu verbinden, die Sie bereits veröffentlicht haben. Er richtet sich gegen die im Mai herausgegebene Nummer der Zeitschrift mit dem Titel „Der Stürmer“, die unter dem Namen des Herrn Julius Streicher erscheint, der kürzlich zum Regierungskommissar in Franken ernannt wurde. Obwohl offensichtlich die Ansicht des Blattes aus Deutschland unterbunden ist, gelang es mir, ein Exemplar zu haben. Es trägt die Legenden und Plagen über die angebliche Sittlichkeit des Ritualmordes der Juden, die im Uebermaß oft und oft widerlegt worden sind, zusammen. Es enthält eine Reihe von gräßlichen und geschmacklosen Illustrationen. Es scheint fast unglaublich, daß eine solche Veröffentlichung, die an die überlieferten Aufzeichnungen des mittelalterlichen Fanatismus erinnert, in irgendeinem Kulturlande gestattet werden konnte; aber sie trägt noch dazu den Namen eines hohen staatlichen Funktionärs.“

Etwa vierzig Repräsentanten der christlichen öffentlichen Meinung Englands, die aus andern Gründen in meinem Hause zusammenkamen, haben mich zu der Erklärung ermächtigt, daß sie sich meinem Protest angeschlossen haben. Der Name zu nennen erübrigt sich. Mir genügt es, daß die Gesamtheit unserer Mitbürger, wenn sie den Inhalt der Veröffentlichung kennen würde, unsere Entrüstung teilen würde.“

Wenn die Spitzen des Reiches sich und ihrem Staat die Achtung und Freundschaft des englischen Volkes sichern wollen, dann mögen sie schleunigst von diesem Blatt abzurücken. Sie mögen abklären, daß in dem Namen eines Mannes aus ihrer eigenen Zahl in so geschäffler Weise zu religiösem Fanatismus und wahrscheinlich zu neuen brutalen Verfolgungen redest wird.  
Cosmo Cantuar, Lambeth, Palace, 15. Mai.

## „Stürmer“ beschlagnahmt

### Aber nicht wegen Ritualmordhetze

DRS, Berlin, 17. Mai. Auf Befehl des Reichskanzlers wurde die Sondernummer des „Stürmer“ Nürnberg, Mai 1934, betitelt „Ritualmordnummer“ wegen eines Angriffs gegen das christliche Abendmahl beschlagnahmt.

Diese Beschlagnahme ist unmittelbar unter dem Druck der öffentlichen Meinung Englands erfolgt. Der Brief des Erzbischofs von Canterbury und Vorstellungen aus englischen Regierungskreisen haben auf den deutschen Völkervereinigen solchen Eindruck gemacht, daß er dringend ein unmittelbares Eingreifen des Reichskanzlers empfohlen hat. Der Völkervereiniger von Hoehel hat vorher schon zahlreiche Berichte über die Wirkung der Judenverfolgungen auf die Engländer nach Berlin gemeldet. Dementselben konnte der Reichskanzler mit Rücksicht auf die Genuß Verhandlungen nicht mehr ausweichen. So hat er sich denn zu einem Entschluß gegen seinen intimen Freund Streicher aufgerafft. Da dieser das Bombengeschäft mit der Sondernummer schon hinter sich hat, wird er wohl von dem Verbot nicht allzu sehr berührt werden.

Charakteristisch ist, daß der deutsche Reichskanzler und Parteiführer nicht wagen darf, den wahren Grund für das Verbot zu nennen. Er begründet das Verbot nicht mit der schamlosen und lägerischen Judenhetze, sondern mit einem Angriff gegen das christliche Abendmahl. Diese Deutung wird im Auslande sehr aufschlußreich wirken. Die Autorität des deutschen Reichskanzlers und „Führers“ gegenüber den Pogromantisemiten in seiner Partei ist also nicht stark genug, um die Ritualmordhetze offen zu unterbinden.

Der Reichskanzler ist der Gefangene der roten Elemente, die er durch seine eigene wilde antisemitische Hetze aufgewühlt hat.

## Gestern und heute

Die „Deutsche Freiheit“ hat gestern ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Sie hat Adolf Hitler in Beziehung zu Charles Darwin gebracht. Dagegen muß der Schreiber dieser Zeilen, der kein Darwinist ist, im Namen Darwins Einspruch erheben. Der große naturwissenschaftliche Denker war nämlich, was ihm sogar der große Brockhaus bestätigt, als Mensch „durch Einfachheit des Charakters, Bescheidenheit und große Liebenswürdigkeit ausgezeichnet“. Man lese einen Satz von Darwin, höre dann drei Minuten Adolf Hitler am Lautsprecher, und man erlebt den Gegensatz zwischen Geist und Geschrei.

Trotzdem: der Vergleich hat uns in Unruhe versetzt. Sollte es wahr sein, daß der Pionier des naturwissenschaftlichen Materialismus, der die Geschöpfe zerrissen sah im Kampf um den Futterplatz, um die Arterhaltung und den gewalttätigen Anspruch des Stärkeren — sollte die Welt Charles Darwins wirklich Ähnlichkeit haben mit der Hitlers, der eine neue Weltanschauung aus dem Schoße des deutschen Idealismus gehoben hat?

Wir haben uns Mühe gemacht und verglichen: Darwins „Ueber den Ursprung der Arten“ und die Kernsätze aus Adolf Hitlers Rede auf dem zweiten deutschen Arbeitskongreß in Berlin am 16. Mai 1934. Hier ist das Resultat:

### Charles Darwin:

Wie jedes andere Tier ist auch der Mensch ohne Zweifel auf einen gegenwärtigen hohen Standpunkt durch einen Kampf um die Existenz als Folge seiner rasenden Vervielfältigung gelangt, und wenn er noch höher fortschreiten soll, so muß er einem heftigen Kampf ausgesetzt werden. Im andern Falle würden die Begabten im Kampfe um das Leben nicht erfolgreich sein als die weniger Begabten. Es muß für alle Menschen offene Konkurrenz bestehen, und es dürfen die Fähigsten nicht durch Gesez und Gebräuche daran gehindert werden, den größtmöglichen Erfolg zu haben...

### Adolf Hitler:

Man kann nicht eine Höchstleistung der Produktion erreichen, in dem man ein Prinzip verwirklicht, das der persönlichen Initiative von vornherein den Todesstoß versetzt. Jeder Mensch fordert zwangsläufig die Verwirklichung dessen, was an Fähigkeiten in ihm liegt und nach Gestaltung drängt... Wer führt, muß von Natur aus dazu bestimmt sein, und das erweist sich durch eigene Leistung und Fähigkeit... Wenn wir die höchsten Fähigkeiten nützlich anwenden, und die höchste Produktivkraft auf allen Gebieten entwickeln, dann wird das zwangsläufig allen zugute kommen...

Zwischen diesen beiden Zitaten liegen 75 Jahre. Die Ähnlichkeit des Gedankenganges über das Anrecht der „Fähigsten“ ist erschütternd. Es ist die gleiche „natürliche Auslese“, die Proklamation des Ellenbogens zur Selbstbehauptung; die liberale Moral der Manchesterlehre, die vorgab, an der Herstellung der Harmonie in der Gesellschaft durch den Konkurrenzkampf zu glauben. Den Lebten und den Aermsten beißen die Hunde.

Hier aber liegt zugleich der Unterschied. Charles Darwin war Gelehrter. Er versuchte, harten Naturgesetzen auf die Spur zu kommen. Welche Gegenkräfte die Menschen durch Erkenntnis und durch Willen zu entwickeln vermögen, um einen vernichtenden Kampf aller gegen alle zu verhindern — das interessierte ihn nicht. Er war kein Sozialist.

Hitler aber hat die Fahnen des „Deutschen Sozialismus“ aufgezogen. Der teuflische materialistische Marxismus liegt am Boden. Hat er nicht die gesellschaftlichen Probleme zu Messer- und Gabelfragen erniedrigt? Hat er nicht verhindert, daß das deutsche Volk sich auf innere Werte besann? Dieser böse Marxismus glaubte daran, daß es möglich sei, durch eine Neuordnung der Gesellschaft für alle Menschen die gleichen Ausgangspunkte zur Entwicklung und Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu schaffen. Darum kämpfte er gegen die Barrieren der wirtschaftlichen und sozialen Uebermacht.

Es war eben eine Irrlehre. Wir hören jetzt von Adolf Hitler, daß diese Schranken bereits das „naturgewollte“ Ergebnis eigener Leistungen und Fähigkeiten seien. Persönliche Initiative steht im Vordergrund. Das ist nämlich das, was allen „zugute“ kommt.

Persönliche Initiative? Wo haben wir das nicht immer gehört? War es nicht die Parole auf jeder Unternehmertätigkeit? Privatinitiative — das gab dem wirtschaftlichen Herrrentum das gute Gewissen, unter Berufung auf Darwin und Nietzsche von den Herren Syndikati ethisch fundiert.

Sie nannten das aber noch nicht Sozialismus. Jetzt dürfen sie es. Das ist das Wunder der „Deutschen Arbeitsfront“.

Argus.

## Kirchliche Loslösung des Saargebiets?

### Apostolische Delegation in Saarbrücken?

Bern, 18. Mai. Der Berner „Bund“, der sich seit einiger Zeit über Saarfragen besonders gut unterrichtet zeigt, meldet:

„Die Frage der kirchenpolitischen Trennung des Saargebietes von den Bistümern Trier und Speyer, die seit langem die Öffentlichkeit in Deutschland und Frankreich in Atem hält, scheint einer Lösung entgegenzugehen zu wollen. Wie wir erfahren, beabsichtigt die römische Kirche nunmehr, das Saargebiet der kirchlichen Jurisdiktion von Trier und Speyer zu entziehen und einer besonderen apostolischen Delegation zu unterstellen.“

Als apostolischer Delegat ist der bisherige Sonderdelegat Prälat Tetta, außerdem, der seinerseits im Ruhrgebiet 1928 mit besonderer Aufgabe betraut war. Tetta wird in den nächsten Tagen im Saargebiet eintreffen, um vorerst nochmals ein eingehendes Studium des Saarproblems vorzunehmen. Erst nach seiner Berichterstattung beim Vatikan wird die definitive Entscheidung fallen. Im Zusammenhang hiermit steht wohl auch die Reise des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission, A. Schumann, nach Rom.

Bemerkenswert ist, daß in Genfer Kreisen diese vorläufige Entscheidung des Vatikans allgemein als eine Ant-

wort auf die Kulturpolitik des Dritten Reiches aufgefaßt wird.“

Prälat Tetta hat schon vor einigen Monaten sich wochenlang im Saargebiet aufgehalten und in zahlreichen Gesprächen sich über die Verhältnisse informiert. Vor einigen Tagen ist er wieder in Saarbrücken eingetroffen.

Er wird sich bei den Bischöfen von Speyer und Trier und bei dem Erzbischof in Köln hinreichend über die Unterdrückungen des Katholizismus unterrichten können und sich die Frage vorlegen müssen, was den Katholiken an der Saar nach der Rückgliederung droht, wenn sie unter die Hitlerdiktatur kommen.

Gerade in den katholischen Gebieten des Rheinlandes werden die Konfessionsbestimmungen über die Jugend-erziehung dauernd und schwer verletzt. Nicht nur, daß den katholischen Jugendorganisationen praktisch jegliche Betätigung außer dem Kirchgang unmöglich gemacht wird, neuerdings ist durch eine Verfügung des „mittelrheinischen Völkervereinigers“ auch der Spielnachmittag der Schulen jeglichem Einfluß der Schulverwaltung und der Schulaufsichtsbehörden entzogen und ganz ausschließlich der Hitlerjugend überantwortet worden.

Die Totalität der Jugend-erziehung durch die nationalsozialistische Partei geht davon hinaus, jede andere Beeinflussung auszuschalten. Wer da glaubt, durch Behandlung und papiernen Abkommen etwas erreichen zu können, befindet sich in einer Illusion.

pressfallen im Falle einer Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland gegen Personen, die nicht für Deutschland gestimmt haben, auszuüben. Deutschland gibterner Garantien den Minderheiten der Saarbevölkerung (sowohl auf ethischem, wie auch auf politischem Gebiet. Der Völkervereiniger und Frankreich verzichten andererseits auf Grund dieser feierlichen Verpflichtung Deutschlands auf die Bildung eines internationalen Polizeikorps

## „Deutschland verpflichtet sich“

### Kompromißvorschlag Aloisis?

Der „Intransigent“ meldet aus Genf, daß der italienische Hauptdelegierte Baron Aloisi folgende Kompromißformel in der Saarfrage vorgeschlagen habe: Deutschland verpflichtet sich feierlich, die individuelle Freiheit im Saargebiet zu sichern und keine Re-



# Göbbels lügt und hetzt . . .

## Nach dem Zeugnis eines saarländischen Priesters

Seitdem im Saargebiet ein unabhängiges katholisches Blatt, die „Neue Saar-Post“ erscheint, haben auch die gleichgeschalteten katholischen Zeitungen — schon aus Konkurrenzgründen — den Mut gefunden, sich wieder katholischer Interessen anzunehmen. Die „Saarpost“ (Nr. 113) läßt einen katholischen Geistlichen gegen den Reichsminister Dr. Göbbels das Wort nehmen, weil dieser in seiner Rede gegen die Riesmacher erklärt hat, es könne weder eine katholische noch eine protestantische Presse geben.

Der katholische Priester antwortet darauf:

Vom katholischen Standpunkt aus können wir solche Ausführungen nur als tiefste Bedauern. Sie sind jedenfalls durchaus ungeeignet, die tiefe Sehnsucht des Volkes nach Frieden zu stillen. Sie sind vielmehr geeignet, tiefste Unfrieden zu bereiten. Das katholische Volk hat für solche Darlegungen kein Verständnis. Das beweisen klar die zahlreichen Äußerungen aus den Kreisen des katholischen Volkes heraus, die uns mit Bezug auf die Äußerungen Dr. Göbbels zugegangen sind.

Was Dr. Göbbels hier behauptet hat, ist un wahr, ist eine Beleidigung des katholischen Volkes und seiner verehrten kirchlichen Oberhirten. Nicht von katholischer Seite, nicht von den Bischöfen und Priestern, die Herr Dr. Göbbels als „streitbare Gottesmänner“ verächtlich zu machen sucht, ist der religiöse Friede im Volke gestört worden, sondern von den Männern, die unter der Flagge des Nationalsozialismus nicht aufhören, die katholische Kirche, ihre Lehre und Organisationen ihre Bischöfe und deren offizielle Vertretungen anzugreifen und zu schmähen. Wenn also Herr

Dr. Göbbels dem Frieden dienen will, dann rufe er diese Männer und ihre Organe zur Ordnung. Statt sich gegen die katholische Presse zu wenden, die trotz der Reden des Herrn Dr. Göbbels und seiner kulturpolitischen Gesinnungsgenossen besteht und weiter bestehen wird, wenn ihr auch im Reich die schwersten Fesseln angelegt sind, sollte Herr Dr. Göbbels heute wie Rosenbergs, von Schirach, Ammerlahn usw. usw. zur Ordnung rufen, die immer wieder und wieder zum Kampf gegen die Kirche und deren durch das Konkordat geschützte Organisationen aufrufen, und so das katholische Volk und dessen Oberhirten zur berechtigten Abwehr zwingen. Wenn hier jemand Geduld bewiesen hat, so ist es nicht Dr. Göbbels und die sich als Nationalsozialisten gebührende Kirchenverächter, sondern es ist das katholische Volk und seine Bischöfe und Priester.

Es handelt sich auch nicht um „eine kleine Klänge“ die sich hier zur Wehr setzen, sondern um das ganze gläubige katholische Volk, das den apostolischen Worten seiner Oberhirten, speziell auch des von Dr. Göbbels erwähnten hochverehrten Kardinals Faulhaber zuhört und sie als eine direkte Erlösung empfindet. Mit Politik hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun. Nicht gegen den Nationalsozialismus richtet sich die Abwehr, sondern gegen den Unglauben. Und diesen Kampf wird die Kirche Gottes weiterführen, ganz unbekümmert darum, ob Herr Dr. Göbbels es zuläßt oder nicht.

Man fühlt aus diesen herzlichen Worten an die Adresse des Herrn Reichsministers deutlich, wie sehr sich der katholische Klerus und das katholische Kirchenvolk an der Saar sehnen, der Segnungen des „dritten Reichs“ teilhaftig zu werden.

# Handgranate und Hellscher

## Zwischenspiel im Berliner „Kommunisten“-Prozeß

Berlin, 17. Mai. Heute wurde im Prozeß wegen des Handgranatenanschlags Unter den Linden als erster Zeuge Kriminalkommissar Trefftin vernommen, der gemeinsam mit von Webermann Schluß vernommen hatte. Die Verhandlung muß jedoch sofort unterbrochen werden, da der Verteidiger an den Fernsprecher gerufen wird. Nach seiner Rückkehr stellt sich heraus, daß der Anrufer, ein Wähler der Kunstmalers namens Marchen, um seine sofortige Vernehmung gebeten hat. Marchen war während der polizeilichen Ermittlungen bereits gehört worden. Er will wissen, daß der Handgranatenwurf aus dem Gebäude des Innenministeriums erfolgt sei. Nach Marchens Meinung sei Schulze völlig unschuldig.

Kriminaldirektor Trefftin erklärte, er habe den Eindruck, daß, wenn man dem Angeklagten die Gewähr geben würde, daß er mit 10 Jahren Zuchthaus davonkomme, er sofort wieder ein Geständnis ablegen würde. Den gestorn vernommenen Zeugen Marchen könne man nicht ernst nehmen, da Schulze sicherlich dem Marchen seine Aussage eingeredet habe, um sich selbst ein Alibi zu verschaffen.

Amsterrichter Pieper, der Vernehmungsrichter des Polizeipräsidiums, sagte aus, Schulze habe ihm gegenüber gestanden, die Handgranate aus der Handgranate herausgehoben zu haben; da er nun befristet habe, die Handgranate werde auf dem Dachboden explodieren, habe er sie kurzerhand aus dem Fenster geworfen, ohne an die Folgen zu denken. Im übrigen sagte der Zeuge, er habe den festen Eindruck, daß Schulze bei der Vernehmung die volle Wahrheit gesagt habe.

Es wurde sodann der 34jährige Kunstmalers Marchen aufgerufen, der sich am Vormittag fernmündlich als Zeuge bei dem Verteidiger angeboten hatte. Ueberraschenderweise stellte sich heraus, daß Marchen auf Grund von heilseligeren Fähigkeiten und Visionen glaubt, den wahren Täter zu kennen. Aufgefordert, zur Sache zu sprechen, erwidert er, er wisse, daß Schulze unschuldig sei. Er habe im Rundfunk gehört, daß ein Missetäter verurteilt

worden sei. Der Täter sei ihm vom lieben Gott gezeigt worden. Der Täter sei ein Mann im dunklen Anzug, der auf dem Dach des Innenministeriums gestanden und die Handgranate geworfen habe. Dieser Zeuge wird sodann aus dem Saal verwiesen. Die Beweisaufnahme wurde fortgesetzt.

Im Verlauf der weiteren Zeugenvernehmung im Prozeß wegen des Handgranatenanschlags Unter den Linden sagte der Hauswart des Hauses Unter den Linden 78 aus, daß im Jahre 1918 während der Spartakistenunruhen Anrufer das Haus besetzt hatten, es sei also durchaus möglich, daß auf dem Boden noch alte Handgranaten liegen könnten.

Es wurden sodann eine Reihe von Zeugen gehört, die mit dem Angeklagten zusammen bei der Reichswehr waren. Besonders hervorzuheben ist hier die Aussage des letzten Polizeioberwachmeisters Kuhn. Mit aller Bestimmtheit erklärte dieser Zeuge, daß der Angeklagte Schulze im Besitz von Handgranaten, zum mindesten mit Übungszündern, ausgebildet worden sei; diese Tatsache hat der Angeklagte Schulze bisher immer hartnäckig abgeleugnet.

Es folgten sodann die Gutachten der Sachverständigen und Sprengstoffachverständigen. Professor Gelle gab an, daß die Zündschnur einer Handgranate gewöhnlich eine Brenndauer von 1/2 Sekunden habe, doch kämen hier auch Ausnahmen vor. Bei der vorliegenden Handgranate handele es sich um ein Modell 1915, das nur bis zur Secundierung des Krieges hergestellt wurde.

Am Schluß der Beweisaufnahme richtete der Vorsitzende noch einmal an den Angeklagten die Mahnung, ob er sich nun zu seiner Tat und zu seinen früheren Geständnissen bekennen wolle. Mit hochrotem Gesicht und in großer Erregung rief der Angeklagte laut in den Gerichtssaal: „Im Angesicht meiner Frau und im Gedanken an meine Kinder erkläre ich nochmals, ich habe die Handgranate nicht geworfen. Bestrafen Sie mich für meine Lüge, aber die Handgranate habe ich nicht geworfen.“

# In Potsdam

## Hofbuchhändler verhaftet

Potsdam, 18. Mai. Wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die nationale Regierung wurde ein hiesiger Hofbuchhändler von der Potsdamer Geheimen Staatspolizei in das Polizeigefängnis eingeliefert. Der Betroffene hat leichfertiger dreier erfolglose Verurteilungen gegen mehrere führende Persönlichkeiten des Potsdamer öffentlichen Lebens weiterverbreitet. Es sollen noch weitere Festnahmen erfolgen.

# Fort „Humanitätsduselei“!

Ähnlich wird aus Berlin berichtet: Reichsjustizminister Dr. Gürtner gibt jetzt die Verordnung über den Vollzug von Freiheitsstrafen und von Maßregeln in der Sicherung und Besserung bekannt, die die neuen Reichsgrundzüge für den Strafvollzug enthält. Die Verordnung soll gelten, bis ein Reichsgesetz erlassen ist. Sie bedeutet den völligen Bruch mit der Humanitätsduselei des vergangenen Systems. In Neuauflage der Richtlinien für die Behandlung der Gefangenen wird festgelegt, daß die Freiheitsentziehung ein empfindliches Übel sein muß und entsprechend zu gestalten ist. Unwürdige Härten sind zu vermeiden, das Schicksal der Gefangenen ist zu wecken, zu schonen und zu stärken. Unterricht für Gefangene soll sie zu vaterländischer und rechtlicher Bewußtsein erziehen. Die bisher bestehenden besonderen Erleichterungen für jugendliche Gefangene sind gestrichen worden. In diese jugendlichen Übelstäter soll grundsätzlich das gleiche gelten wie für Erwachsene. — Die Richtlinien für die Behandlung der in Sicherungsverwahrung und Heilanstalten usw. Untergebrachten sehen grundsätzlich eine Trennung von den Strafgefangenen vor.

Wie der Rheinisch-Westfälischen Zeitung von der Landesverwaltungsstelle des Nationalsozialistischen Deutschen Kampfbundes (E a h l e m) Düsseldorf mitgeteilt wird, ist auf Befehl des Ministerpräsidenten Göring der in Schiffsbau genommene Landesführer des NSDAP (Stahlhelm), Görnemann, aus der Schiffsbau wieder entlassen worden.

# Faßt die Nörgler!

## Ins Konzentrationslager verbracht . . .

Weimar, 16. Mai. Der thüringische Innenminister Wächter läßt heute folgende Mitteilung verbreiten: „In letzter Zeit versuchen gewissenlose Döcker und leichtfertige Schwärmer durch Verbreitung unwahrer Behauptungen über verantwortliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Unruhe in die Bevölkerung zu bringen. Darüber liegen mir zahlreiche Meldungen vor. Während die übertriebene Wehrheit der Thüringer Volksgenossen mit bewundernswürdiger Hingabe und beklügendem Vertrauen mit uns gemeinsam alle Kräfte einsetzt für den Wiederaufbau von Volk und Nation, wirken jene niederträchtigen Elemente als Saboteure an der deutschen Zukunft. Sie schließen sich damit selbst aus der Volksgemeinschaft aus. — Als einer der Träger jener Gerüchte, deren Verbreitung eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit darstellt, ist der Kaufmann Max Kloppe, Weimar, auf meine Anordnung hin dem Konzentrationslager in Bad Sulza zugeführt worden.“

Ich gebe diesen Fall hiermit der Öffentlichkeit bekannt mit dem Hinweis, daß in Zukunft jene Schwärmer mit Nachsicht nicht mehr zu rechnen haben.“

# Eine Tagesbilanz

## Vor dem badischen Sondergericht

Mannheim, 18. Mai. (Nupress.) Das badische Sondergericht sollte in seiner letzten Sitzung folgende Urteile:

1 1/2 Jahre Gefängnis gegen den 29 Jahre alten Kurt B. aus Mannheim, weil er vier Pakete mit illegalem Material von Mannheim nach Karlsruhe befördert hatte;

8 Monate Gefängnis gegen den 33 Jahre alten Hermann Sch. Vater von vier Kindern, der in Ausübung seines Berufes die rechte Hand verlor — weil er „abfällige Neuheiten über die Regierung“ gemacht haben soll;

8 Monate Gefängnis gegen den jugendlichen L., der beschuldigt war, Vermittler zwischen kommunistischen Kurieren gespielt und eine Schreibmaschine des Hauptkassierers des kommunistischen Jugendverbandes in seiner Wohnung aufbewahrt zu haben.

# Ein Hörsing-Prozeß

## Um zuviel gezahltes Wartegeld

Berlin, 18. Mai. Vor der Zivilkammer des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg sollte ein Prozeß, den der frühere sozialdemokratische Oberpräsident der Provinz Sachsen, Otto Hörsing, gegen den preussischen Staat angestrengt hatte, verhandelt werden. Hörsing hatte durch ein verwaltungsrechtliches Versehen 10000 Mark an Wartegeldern zuviel erhalten, die er an den preussischen Staat zurückzahlen mußte. 7000 Mark wurden von Hörsing zurückgezahlt, doch stellte er im vorigen Jahre die Zahlung mit der Begründung ein, daß er seit dem 10. August 1933 erworben- und mittellos sei. Am 30. April d. J. erhielt er einen Zahlungsbefehl über die restlichen 3000 Mark, gegen den er beim Amtsgericht Schöneberg Einspruch erhob. In der heutigen Gerichtsverhandlung erklärte der Vertreter der preussischen Regierung, er könne sich auf einen Vergleich nicht einlassen, da die Berechtigung der Forderung des Staates ganz unbestreitbar sei. Hörsing hat um Verstagung, weil er das Armenrecht für sich beantragen wolle. Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß das Armenrecht nur bewilligt werde, wenn ein Verfahren Aussicht auf Erfolg habe, hier aber werde die Berechtigung der Forderung kaum bestritten werden können. Hörsing meinte, er wolle die sachliche Berechtigung gar nicht bestreiten, er habe sie schon dadurch anerkannt, daß er den größten Teil der Rückforderung bezahlt habe. Er wolle nur seine Zahlungsunfähigkeit nachweisen. Der Vorsitzende belehrte ihn darüber, daß die Zahlungsunfähigkeit für dieses Verfahren nicht ins Gewicht falle, sondern nur eine Rolle gegenüber den Vollstreckungsbehörden spiele. Hörsing gab daraufhin eine Anerkennungserklärung ab, womit der Prozeß beendet wurde.

# „Rot-Front!“

## Sechs Wochen Haft

Das Gericht in Hildesheim verurteilte einen Mann, der schon einmal wegen eines „Rot-Front!“-Ausfalls mit einem Monat Gefängnis bestraft worden war, erneut zu sechs Wochen Haft, weil er in einer Wirtschaft „Rot-Front!“ gerufen hatte. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, es habe die gesetzliche Höchststrafe für groben Unfug verhängt. Das Geleit lasse leider keine höhere Strafe zu, und es bestehe daher keine Möglichkeit, den Täter auch noch mit dem Kommunismus, dem größten Staatsfeind, seelenverwandten Angeklagten schwerer zu bestrafen.

# Todesurteil aufgehoben!

## Prozessuale und sachliche Verstöße

Leipzig, 18. Mai. Wegen durchgreifender Bedenken verfahrenswie sachlich-rechtlicher Art hob das Reichsgericht das am 15. Februar ergangene, wegen Mordes auf Todesstrafe lautende Urteil des Schwurgerichts Schweidnitz gegen den 34jährigen früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten Richard Schulz aus Dittersbach (Kreis Waldenburg in Schlesien) auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schweidnitzer Gericht zurück.

Das Schwurgericht hatte während der neuntägigen Hauptverhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Behandlung der Beweisanträge und in einigen anderen Punkten prozessuale Verstöße begangen, die einen sogenannten absoluten Revisionsgrund abgaben und daher zwangsläufig zur Aufhebung des angefochtenen Urteils führten. Aber auch in sachlicher Hinsicht waren nach Auffassung des Reichsgerichts keine ausreichenden Feststellungen hinsichtlich der Ueberlegung des Angeklagten bei Ausführung der Tat getroffen worden.

# Freie Bahn dem Tüchtigen!

## Der napoleonische Aufstieg des Bruders

Berlin, 18. Mai. (Nupress.) Hans Göbbels, der Bruder des Propagandaministers, ist zum stellvertretenden Leiter der Reichsberlebsgemeinschaften Banken und Versicherung der Deutschen Arbeitsfront berufen worden, nachdem er kürzlich erst zum Generaldirektor der Rheinischen Feuerzukunft avancierte.

Hans Göbbels war bis vor einem Jahre ein ganz kleiner Angestellter. Ehe sein Bruder Minister war, hatte er keinerlei nennenswerte Fähigkeiten gezeigt.

# 53 Tote

## Die Rettungsarbeiten eingestellt . . .

DRB, Brüssel. Die Rettungsarbeiten in der Unglückszucht von Mons, in der am Donnerstag eine zweite Schlagweiterexplosion erfolgte, mußten eingestellt werden. Insgesamt sind 58 Tote und 17 Verletzte zu beklagen.

# Um beschlagnahmtes Eigentum

## Bemerkenswerter Prozeß

London, 18. Mai. (Nupress.) Dr. Sommer, ein deutscher Emigrant jüdischer Abstammung, hat in London einen bemerkenswerten Prozeß durchgeföhrt. Das Eigentum Dr. Sommers, das bei der Flood-Versicherung gegen Konfiskation und abtötliche Zerstörung versichert war, ist von der Diller-Regierung beschlagnahmt worden. Flood weigerte sich, die Versicherungssumme zu zahlen. Das englische Gericht hat die Gesellschaft zur Zahlung verurteilt, da der Kläger nachweisen konnte, daß sein Eigentum in Deutschland tatsächlich beschlagnahmt worden ist.

Gegenüber den Gerüchten, wonach das französische Kriegeministerium angesichts einer angeblichen beunruhigenden Tätigkeit der nationalsozialistischen Verbände an der französisch-deutschen Grenze Teile der französischen Grenzgarationen in erhöhten Bereitschaftszustand versetzt habe, weiß der „Matin“ aus Nancy zu berichten, daß Teile des 6. und 10. Armeekorps aus Metz und Nancy angeblich an der saarländisch-französischen Grenze Manöver durchführten, die wahrscheinlich Anlaß zu den Gerüchten gegeben hätten.

Ein 18jähriger Schüler in Mettin hatte aus verschiedenen Rüststücken Reiter ansgenommen und die junge Frau getötet. Mit einem Staraken auf dem Rücken und einem Schild auf der Brust, das die Aufschrift trug: „Ich habe junge Bögel getötet.“ wurde der Junge in Begleitung eines Trommlers durch den Ort geführt.



# Knox an Neurath

## Ein interessanter Notenwechsel — Das Saargebiet wird vom Reich als ausländischer Staat angesehen

Genf, 18. Mai 1934.

Das Völkerbundssekretariat hat auf Wunsch des Präsidenten der Regierungskommission den Ratmitgliedern den Text eines Schreibens mit verschiedenen Beilagen mitgeteilt. Dieses Schreiben bezieht sich auf die Gegrede, die Göbbels am 6. Mai in Zweibrücken gehalten hat.

„Diese Rede eines verantwortlichen Staatsmannes“, so schreibt Herr Knox wörtlich, „enthält derart ernste und so wenig gerechtfertigte Anklagen gegen die Regierungskommission und derart direkte

Drohungen an gewisse Teile der Bevölkerung, daß die Regierungskommission alle Pflichten verlegen würde, wenn sie mit Stillschweigen darüber hinwegginge.“

Weiter beschäftigt sich das Schreiben mit den Angriffen des Propagandaministers gegen die deutschen Emigranten und „verbrecherischen Landesverräter“, denen die Regierungskommission einen besonderen Schutz angedeihen ließe oder sie sogar zu politischen Ratgebern und Polizeibeamten mache, und erklärt dazu:

„Die Tatsache, daß ein Reichsminister eine solche Rede halten können, erscheint der Regierungskommission um so seltsamer, als sie sich mit dem Reichsaußenminister in einem Schriftwechsel über dieses Thema befindet. Sie sieht sich daher genötigt, dem Völkerbundrat zu seiner vollkommenen Orientierung diesen Schriftwechsel in Abschrift mitzutun.“

Berlin erkennt das Saargebiet als ausländischen Staat an. Als Anhang ist dann ein Schreiben von Neurath vom 27. Februar wiedergegeben, in dem sich die Reichsregierung über die deutschfeindliche Tätigkeit von Emigranten, die wegen gemeiner Verbrechen in Deutschland verfolgt werden, und über die Einstellung von ausgewanderten Polizeibeamten beschwert, deren sofortige Entlassung sie fordert. Interessant ist es, daß Neurath in diesem Schreiben wörtlich erklärt, daß die durch die Emigranten geschaffene Lage den

Grundsätzen des internationalen Rechts zuwiderlaufe, so wie sie allgemein in den Beziehungen zwischen zwei Staaten angewendet werden. Damit hat der Reichsaußenminister das Saargebiet als einen ausländischen Staat anerkannt und nicht als deutsches Gebiet, das der Völkerbund als Treuhänder verwaltet.

Selbstverständlich hat die Regierungskommission in ihrem Antwortschreiben vom 28. März dieses Anerkenntnis quittiert und Herrn von Neurath festgenagelt. Die Regierungskommission, so heißt es u. a., habe die nötigen Maßnahmen getroffen, damit sich die Emigranten jeder politischen Tätigkeit enthalten;

sie müßte es aber strikte ablehnen, allen Emigranten den Aufenthalt im Saargebiet zu verbieten, wie es von Neurath verlangt habe, denn dies würde gegen den Beschluß des Völkerbundes vom 11. Oktober 1933 verstoßen. Wenn sich unter den Emigranten gemeine Verbrecher befänden, so habe die Regierungskommission alle Verbrecher ausgeliefert, um deren Festnahme die deutschen Behörden ersucht hätten. Er fügt zum Beweis eine Liste von 36 Personen bei, die ausgeliefert wurden bzw. bis zur Aufklärung der Tatbestände noch in saarländischen Gefängnissen seien.

Weiter beschäftigt sich das Schreiben ausführlich mit den als Regierungs- oder Polizeibeamten eingestellten „Emigranten“. Knox erklärt, daß die Regierungskommission als

Flüchtlinge nicht die Personen betrachten könne, die auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

ihrer Ämter in Deutschland enthoben und ohne wegen irgendwelcher Vergehen verfolgt zu werden nach dem Saargebiet gekommen sind. Im übrigen hätten diese Beamte ausgesetzte Zeugnisse aufzuweisen und mit einer Ausnahme hätten sie alle am Kriege teilgenommen und hohe Auszeichnungen erhalten.

Inzwischen habe die Saarregierung durch den deutschen Rundfunk erfahren, daß gegen einen der neu eingestellten Beamten

ein Haftbefehl erlassen sei.

Sie habe darauf sofort telegrafisch beim Auswärtigen Amt angefragt, ob diese Meldung der Wahrheit entspreche, aber sie habe bis heute keine Antwort erhalten. Darüber hinaus habe sie aber erfahren, daß verschiedenen an der Saar angestellten früheren deutschen Beamten das Vermögen und Mobiliar beschlagnahmt worden sei. Die Regierungskommission verwerfe den Standpunkt der deutschen Regierung um so weniger, als sie sehr gut wisse, daß zwei saarländische Polizeibeamte aus Neunkirchen, gegen die mit Kenntnis der deutschen Behörden ein Haftbefehl erlassen worden ist, nach Deutschland

geführt und dort als Beamte angestellt sind, und daß ein weiterer Polizeibeamter, der im Saargebiet wegen eines schweren Vergehens entlassen worden ist, gegenwärtig bei der Polizei in Birkenfeld tätig ist.

Die Regierungskommission müsse auch dagegen protestieren, daß das Saargebiet eine Art Basis für politische Operationen gegen Deutschland geworden sei; demgegenüber müsse sie mit Bedauern feststellen, daß sich deutsche Behörden oft in die saarländischen Angelegenheiten eingemischt haben. Die Regierungskommission könne ferner nicht zulassen, daß tagtäglich durch

den deutschen Rundfunk

ebenso heftige wie ungerechtfertigte Angriffe gegen die Regierungskommission, ihre Mitglieder und Beamten gerichtet werden. Andererseits sei es der Regierungskommission nicht unbekannt geblieben, daß gewisse Beamte der deutschen Regierung nach dem Saargebiet gekommen sind und dort eine politische Tätigkeit entfalten. Die Regierungskommission erinnere ferner daran, daß zahlreiche Saarländer in Deutschland verhaftet sind und noch in deutschen Gefängnissen seien, ohne daß ein Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet sei. Die Antworten, die die Reichsregierung auf die verschiedenen diesbezüglichen Anfragen der Regierungskommission erteilt hat, und die darlegen, daß diese Fälle die Regierungskommission nicht betreffen, können von dieser nicht als befriedigend angesehen werden.

Zum Schluß erklärt der Präsident, daß die Regierungskommission ihrerseits die größten Vorteile darin sehe, daß die deutsch-saarländischen Beziehungen

auf den Rechtsgrundlagen aufgebaut werden, die allgemein in den Beziehungen zwischen zwei Staaten herrschen. Sie glaubt, gegen diese Grundsätze niemals verstoßen zu haben, aber sie habe die Pflicht, darüber zu wachen, daß im Saargebiet tatsächlich der Rechtszustand erhalten bleibt, der durch den Versailler Vertrag festgelegt ist.

schen bewohnten Saargebiet gäbe. Er verlangte neutrale Verstärkung der Polizei. Von der Justiz sagte er, daß sie relativ gut sei, aber zu langsam. Die Schaffung eines Sondergerichts für den Termin der Abstimmung müsse ins Auge gefaßt werden.

Zuletzt sprach der tüchtige Präsident der Regierungskommission,

Der Engländer Knox,

dessen Charakterstärke nicht alle seine Landolente richtig zu würdigen scheinen. Er war einverstanden, was die zu gebenden Garantien anbelangt. Die Polizeikräfte hielt er für unzureichend. Aber sie dürften nicht an Ort und Stelle aufgeführt werden. Er sprach sich ebenfalls für eine Sondergerichtsbarkeit während der Abstimmung aus.

Alle Mitglieder der Regierungskommission waren einig in der Bitte an den Rat, bald die Abstimmungskommission zu ernennen.

Diese vier Erklärungen, die sich bis auf wenige Nuancen erstaunlich gleichen — man beachte besonders, daß das saarländische Mitglied in sehr vielen Dingen die Ansichten seiner Kollegen teilt —, hinterließen einen tiefen Eindruck.

Als die Sitzung aufgehoben wurde, hatte man allgemein den Eindruck, daß diese Sitzung einen Markstein darstelle in den Verhandlungen, die man bisher in anderen Bahnen geführt hat, da man leider in günstigeren Zeiten es verläumt hat, die zu hören, die die Verantwortung für die Saarverwaltung tragen. Es ist möglich, wie wir schon früher hier gesagt haben, daß die augenblickliche Session des Rates nicht mehr dazu kommt, den neuen Bericht Kloffs entgegenzunehmen. Es wird dann alles auf die nächste Tagung im September verschoben. In der Zwischenzeit aber herrscht der Terror an der Saar — — —

## Die Wachsplatte

Genf, 18. Mai 1934.

Die Regierungskommission hat an den Völkerbundrat unter dem 12. Mai 1934 ein Schreiben gerichtet, in dem sie den Völkerbundrat an Hand einer von der Regierungskommission aufgenommenen Wachsplatte über die Rede von Dr. Göbbels, gehalten am 6. Mai 1934 in Zweibrücken, auf die beleidigenden und in ganz unerhörter Weise sich einmischenden Redensarten des Reichsministers Göbbels aufmerksam machte. Außerdem fügte sie in der Sendung an den Völkerbundrat die Wachsplatte hinzu, damit die Ratmitglieder selbst Gelegenheit haben, die Rede des Herrn Göbbels Wort für Wort zu hören.

Außerdem wurden heute bei der Pressebesprechung die verlogenen Angriffe der sogenannten „deutschen Front“ gegen die Emigranten im Saargebiet wie gegen die Polizei, vor allem gegen den Polizeikommissar Nachtz entschieden zurückgewiesen.

## Freiheitsfront wird empfangen

Genf, 18. Mai 1934.

Die Delegation der Freiheitsfront des Saargebietes wurde heute vom Vizepräsidenten Cantillo, dem argentinischen Ratmitglied und Mitglied des Dreierkomitees für das Studium der Saarfrage, empfangen. Sie wurde weiter empfangen von den Gesandten Panamas, Dr. Porros und dem italienischen Minister di Biancari, dem Rabinetschef von Kloff. Die sehr ergiebige Aussprache ergab Uebereinstimmung in den Anschauungen bezüglich der Notwendigkeit einer freien und unbeeinträchtigten Abstimmung, einer Sicherung von Leben und Eigentum der Saarländer und einer realen Garantie für die Zeit nach der Abstimmung.

## Die Verhandlungen mit Berlin

Was die französische Presse meldet:

Paris, 18. Mai. Der Verlauf der Besprechungen in Genf wird von der Pariser Presse verschieden beurteilt. Man unterkreicht allgemein den eifrigen fernmündlichen Meinungsaustausch mit der Reichsregierung über die Garantieforderungen, hebt aber hervor, daß die Wilhelmstraße nach wie vor auf ihrem Standpunkt beharrt, und keine Verpflichtung eingehen will, die über den Rahmen des Versailler Vertrags hinaus ein Mindestsicherheitsystem im Saargebiet schaffe, das eine händige internationale Kontrolle nach sich ziehen würde. Man weist außerdem darauf hin, daß der französische Außenminister die Ansicht Kloffs nicht teile und größten Wert auf die Einrichtung einer internationalen Polizei lege. Alles in allem hat man heute den Eindruck, als ob die Besprechungen keine Fortschritte gemacht haben,

gibt aber die Hoffnung nicht auf, daß im Laufe des heutigen Freitag und des Samstag doch noch eine endgültige Lösung gefunden wird.

Besonders optimistisch zeigt sich der Genfer Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“, der sich zum Sprachrohr gewisser in Genf umlaufender Gerüchte macht, nämlich ein so genanntes gentlemenagreement zwischen Frankreich und Deutschland möglich sei. Man sagt aber gleichzeitig hinzu, daß, wenn Deutschland eine Reihe von Sicherheitsgarantien übernehme, man die Frage der internationalen Polizei ganz fallen lassen würde, um bereits am Samstag ein endgültiges Programm über die Durchführung der Abstimmung aufzustellen. Der Berichterstatter ist der festen Ueberszeugung, daß die Verhandlungen vor einer Entscheidung stehen und daß auch der französische Außenminister sich damit einverstanden erklärt habe, die Frage der internationalen Polizei fallen zu lassen, wenn die Reichsregierung die Garantieforderungen annehme. Man warte nur noch auf die Zustimmung der Wilhelmstraße, um die Durchführungsmodalitäten der Abstimmung festzulegen.

Die übrige Presse zeigt sich weniger optimistisch. So schreibt z. B. das „Petit Journal“, daß bisher keinerlei Ergebnis zu verzeichnen sei, weil Paris nicht nur im Rahmen Frankreichs, sondern auch aus Achtung vor den Verträgen einen Standpunkt vertritt, der der Gerechtigkeit und Menschlichkeit Rechnung trage. — „Deuxieme“ ist der Auffassung, daß Deutschland wesentlich verträglicher werden würde, wenn man ihm den genannten Zeitpunkt der Abstimmung mitteile, in Genf wünsche man sich aber gerade in dieser Frage nicht zu binden, bevor man nicht wisse, wie abgestimmt werden solle und ob nicht doch eine internationale Polizei geschaffen werden müsse. — Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ bedauert die vorzeitige Abreise des Kloff. Die Anwesenheit der französischen Truppen am Rhein hätte nach Auffassung Fortinax die Sicherheitsfrage im Saargebiet bedeutend erleichtert, denn es wäre nicht schwer gewesen, diese Truppen solange im Rheinland zu belassen, bis die Saarfrage endgültig geregelt sei.

# Die Geheimsitzungen von Genf

Allgemeine Stimmung gegen den Nazi-Terror an der Saar

## Die Regierungskommission spricht

(Eigener Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters)

Genf, 18. Mai.

Eine Veröffentlichung von historischer Bedeutung bringt heute das „Journal des Nations“ über die geheime Sitzung, die gestern zwischen den Ratmitgliedern, den Mitgliedern der Regierungskommission des Saargebietes und dem Dreierkomitee stattgefunden hat. Diese Auslassungen sind so wichtig, daß wir sie im Wortlaut bringen:

„Die Geheimhaltung des Rates, in deren Verlauf die in Genf anwesenden Mitglieder der saarländischen Regierungskommission ihre wohlüberlegte, ehrliche, mutige und unparteiische Meinung zum Ausdruck brachten, wird in der Geschichte der Vorbereitung der delikatesten Nachkriegsabschlüsse vermerkt werden. Die so würdig und so tief menschlich fundierte Sitzung wird nützlich und fruchtbar für das Leben des Völkerbundes sein, denn sie vergegenwärtigt den Regierungen, die den Völkerbund bilden, ihre Verantwortlichkeiten, denen sie sich nicht entziehen dürfen.“

Bis zum 16. Mai 1934 hatten der Rat und seine Berichterstatter es nicht für notwendig erachtet, so merkwürdig das auch erscheint, diejenigen anzuhören, denen der Rat die schwere Verwaltung des Saargebietes anvertraut hat, diejenigen, die am besten unterrichtet sind über alle Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Unmöglichkeiten, die jetzt den Rat interessieren.

Es ist nicht überflüssig daran zu erinnern, daß diese Sitzung nicht ohne Mut zustande kam. Der Berichterstatter Kloff legte auf die Anhörung der Regierungskommission einen besonderen Wert. Und auch Herr Eden hätte das vielleicht noch vermieden. Aber Herr Parthou, der die Dinge wieder einmal richtig gesehen hatte, bestand darauf und erklärte angesichts des italienischen und englischen Bagns, daß, falls die Abklärung der saarländischen Regierungskommission nicht durch allgemeinen Beschluß erfolge, er, der Vertreter Frankreichs, sie offiziell verlangen würde. So wurde erst gestern morgen die geheime Sitzung beschlossen.

In dieser geheimen Sitzung stellte Herr Parthou drei Fragen:

1. Sind die Mitglieder der Regierung des Völkerbundes der Meinung, daß die Unabhängigkeit der Abstimmung zu gewährleisten?

2. Genügt die augenblickliche Polizei?

3. Kann man annehmen, daß die Justiz, wie sie augenblicklich ist, im Saargebiet den Schwierigkeiten gewachsen ist in der Abstimmung?

Es sprachen dann unter größter Aufmerksamkeit der Ratmitglieder die Mitglieder der Regierungskommission:

Der saarländische Vertreter der Regierungskommission, der für seine eigenen Rassen- und Sprachbrüder spricht, ist aufrichtig. Herr Rothmann erklärte, daß zur Sicherung der Abstimmungsrechte Garantien unbedingt erforderlich sind. Er anerkennt, daß die Polizeikräfte unzureichend sind, sogar heute schon, aber daß man sie vielleicht durch Rekrutierung an Ort und Stelle vergrößern könnte. Die jungen Leute an der Saar, die sich heute schon in patriotischen Vereinen befänden, würden gerne bereit sein, die Polizei zu unterstützen. Von der Justiz sagte er, daß sie langsam arbeite, aber in ziemlich befriedigender Weise. Man könne vielleicht die Schaffung einer Sondergerichtsbarkeit für die Wahlperiode ins Auge fassen.

Der Franzose Morize

hat sehr klar und deutlich unterstrichen, daß die Regierungskommission einstimmig die Notwendigkeit anerkenne, die Saarländer gegen die Repressalien nach der Wahl zu schützen. Die Justiz, und damit wiederholte er noch einmal, was er schon schriftlich in der Deutschrift an den Völkerbund zum Ausdruck brachte, ist schon jetzt unzureichend. Es muß eine Sonderorganisation geschaffen werden, in die die Saarländer Vertrauen haben können. Zweifellos muß man die Polizei verstärken, denn sie ist beinahe nicht vorhanden.

Der Jugoslawe Joricic,

der von der Verwaltung als langjähriger Präsekt von Jagreb Idee und Erfahrung hat, sprach besonders über die Polizeifrage. Nachdem er des längeren seiner Meinung, die Bevölkerung vor eventuellen Repressalien zu schützen, Ausdruck gegeben hatte, erklärte er, daß die Polizei vollkommen unzureichend sei. Seiner Meinung nach muß man sie verstärken. Aber nicht durch Rekrutierung an der Saar, das sei unmöglich und keine Garantie, da es die politischen Parteien noch weiter erhitzen werde.

Tiefen Eindruck machte die Mitteilung auf die Ratmitglieder, daß es nur 800 Polizisten in dem von 800 000 Men-



## Verdoppelter Fehlbetrag der Reichsbahn

Der Bericht der Deutschen Reichsbahn über das Jahr 1933 steht noch ganz unter der Wirtschaftskrise, wenn auch die Regierungsmaßnahmen zuletzt ein geringes Ansteigen des Güterverkehrs brachten.

Es betragen in Millionen RM.:

	1933	1932	1931	1930	1929
<b>Betriebseinnahmen:</b>					
Personenverkehr	866	901	1.151	1.346	1.423
Güterverkehr	1.815	1.729	2.308	2.859	3.483
Sonstige	260	304	391	383	465
<b>Betriebsausgaben:</b>					
Betriebsführung u. Unterhaltung	2.971	2.934	3.849	4.370	4.734
Erneuerung	2.648	2.593	3.187	3.496	3.833
Uberschuß bzw. Fehlbetrag	-130	-60	+220	+480	+360

Die Reichsbahn, das größte industrielle Unternehmen Deutschlands, schließt das Jahr 1933 zum zweitenmal mit einem Fehlbetrag in der Betriebsrechnung ab, der nunmehr 136,0 Millionen RM. oder das Doppelte des im Vorjahr zum erstenmal verzeichneten Defizits von 66 Millionen RM. beträgt. Die Betriebseinnahmen verminderten sich nur leicht auf 2921 (i. V. 2934) Millionen RM., die Betriebsausgaben sind aber im Zeichen der Arbeitsbeschaffung demgegenüber auf 3057 (3001) Millionen RM. erhöht worden. Zu diesem Fehlbetrag der Betriebsrechnung kommt in der Gewinn- und Verlustrechnung der als Ersatz für die Reparationszahlungen an das Reich zu leistende Betrag in der Höhe von 70 (70) Millionen RM., ferner 33 (26) Millionen RM. für Schuldendienst und 71 (70) Millionen RM. gesetzlich vorgeschriebene Zuweisungen an Rückstellungen und Rücklagen sowie 75,7 (75,7) Millionen RM. Dividende für die 7prozentigen Vorzugsaktien. Insgesamt sind somit 385,6 (308,7) Millionen RM. zu decken, was aber nur durch Heranziehen von Reserven und

sonstigen außerordentlichen Einnahmen erfolgen kann, Maßnahmen, von denen die Verwaltung mit Recht erklärt, daß sie auf die Dauer nicht als befriedigend angesehen werden können. Zur Deckung dieses Fehlbetrages standen 135,3 Millionen RM. aus Steuergutscheinen zur Verfügung, ferner durch Entnahmen aus der Rückstellungsreserve — was nicht wiederholt werden kann — 281,5 Millionen, und schließlich 50,8 Millionen aus dem noch nicht realisierten Valutagewinn aus der Young-Anleihe, deren amerikanische, englische und schwedische Tranche entsprechend dem Vorgehen des Reichs zum Valutakurs des 30. Dezember 1933 in die Bilanz eingesetzt worden sind. Im Vorjahr wurden 269,5 Millionen RM. durch den Budgetgewinn aus der Streichung des BIZ-Darlehns vereinnahmt. Durch diese Methoden errechnen sich 467,6 (308,7) Millionen RM. außerordentlicher Einnahmen, die zur Deckung des Fehlbetrages der Gewinn- und Verlustrechnung ausreichen und darüber hinaus die Ueberweisung von 80 Millionen RM. an die Reserven gestatten.

Die finanzielle Situation der Reichsbahn muß demnach als recht gespannt bezeichnet werden. Auch die Bilanz zeigt eine Verschlechterung der Liquidität. Für die Arbeitsbeschaffung wurden 468 (86) Millionen RM. Wechselverbindlichkeiten eingegangen, die im laufenden Jahr auf 860 Millionen RM. erhöht werden sollen. Die Gesamtverschuldung der Reichsbahn, einschließlich der 1,08 Milliarden RM. Vorzugsaktien und der zukünftigen Wechselbelastung, ist auf 2,8 (1,94) Milliarden RM. angestiegen, was zwar als noch erträglich bezeichnet wird, aber eine wachsende Gefahr bedeute, solange es nicht gelinge, die zunehmenden kurzfristigen Verpflichtungen in einer langfristigen Anleihe zu konsolidieren.

## Der Ueberseehandel geht weiter zurück

Der Handelsverkehr Deutschlands mit den Ueberseeländern hat sich im I. Vierteljahr 1934 zuungunsten Deutschlands verschoben: Deutschland hat nämlich mehr Rohstoffe eingeführt, aber weniger Fertigwaren an seine Lieferanten in Uebersee abgesetzt.

Im Verkehr mit Europa (einschl. Rußland) schließt die Handelsbilanz für Januar bis März 1934 mit einem Ausfuhrüberschuß von 247 Millionen RM., gegenüber den Ueberseeländern ist ein Einfuhrüberschuß von 298 Millionen RM. zu verzeichnen. Im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1933 ist damit der Ausfuhrüberschuß nach den europäischen Ländern um 110 Millionen RM. gesunken, im Verkehr mit Uebersee ist der Einfuhrüberschuß um 56 Millionen RM. gestiegen, übrigens zum ersten Male, da bis 1933 die Einfuhr aus Uebersee rückgängig war.

Im einzelnen konnten jene überseeischen Gebiete an der deutschen Einfuhr gewinnen, die industrielle Rohstoffe, vor allem Wolle liefern. Daher hat sich die Einfuhr aus Australien annähernd verdoppelt, die Bezüge aus Britisch-Südafrika und Uruguay sind um mehr als die Hälfte gestiegen; ferner haben Argentinien, Kanada (Metalle und Metallerze) und Niederländisch-Indien (Kautschuk und Zinn) ihren deutschen Absatz erhöht. Aber auch die europäischen Länder, die bearbeitete Rohstoffe, wie z. B. bearbeitete Wolle, nach Deutschland absetzen, etwa England, Belgien, Luxemburg und Frankreich, konnten aus dem erhöhten Rohstoffbedarf der deutschen Erzeugung Vorteil ziehen. Der Fertigwarenbezug hat sich ebenfalls im I. Quartal 1934 gegenüber der Vorjahreszeit etwas erhöht; hier waren es vor allem das Saargebiet und die Schweiz, die ein neuwertes Mehr zu verzeichnen hatten. Die deutsche Ausfuhr, die in der gleichen Zeit um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken ist, hat mehr in Uebersee als in Europa verloren. Der Verlust im europäischen Exportgeschäft ging, wie schon seit längerer Zeit, infolge der Zurückhaltung Rußlands zurück; hier hat Deutschland 68 Millionen RM. weniger erzielt, den anderen Ländern gegenüber nur um 27 Millionen RM. weniger. Mengenmäßig ist freilich die Ausfuhr gestiegen, da die Ausfuhrpreise im ersten Vierteljahr 1934 um 9 Prozent niedriger waren als i. V. Der wertmäßige Rückgang der Europa-Ausfuhr ergibt sich vorwiegend aus einer Verminderung

des Exports nach Frankreich, Belgien und der Schweiz, aber auch nach Danzig und Polen. Gestiegen ist die Ausfuhr nur nach Italien (20 Prozent mehr als i. V.), Großbritannien, Dänemark und Norwegen.

Der Ausfuhrückgang im Ueberseehandel ist fast ausschließlich zurückzuführen auf Rückgänge im Export nach den Vereinigten Staaten, Argentinien, Brasilien, Kanada und Australien.

Verbessert hat sich die Ausfuhr nach Britisch-Südafrika, Britisch-Indien und der Türkei.

Die nachfolgenden beiden Tabellen veranschaulichen den Absturz für Deutschland recht klar:

Die deutsche Handelsbilanz im Verkehr mit den einzelnen Erdteilen

(-) = Einfuhrüberschuß; (+) = Ausfuhrüberschuß in Mill. RM.

	Januar — März 1933	März 1934
Insgesamt	+113,5	-53,3
Europa	+356,9	+247,4
Europa ohne Rußland	+308,3	+265,1
Uebersee	-241,8	-298,1
Afrika	-39,0	-46,0
Asien	-52,8	-43,5
Amerika	-128,4	-157,7
Australien	-21,6	-50,9

Die Handelsbilanz im Verkehr mit den wichtigsten Kolonialreichen

(-) = Einfuhrüberschuß; (+) = Ausfuhrüberschuß in Mill. RM.

Länder	ohne Kolonialgebiete		einschl. Kolonialgebiete	
	Januar März 1933	März 1934	Januar März 1933	März 1934
Großbritannien	+27,4	+38,3	-53,8	-77,2
Frankreich	+57,5	+34,4	+52,9	+29,6
Niederlande	+80,2	+75,6	+64,8	+50,6
Belgien-Luxemburg	+34,3	+15,3	+30,8	+9,8
Ver. St. v. Amerika	-82,9	-80,6	-81,6	-79,3

## Automobil-Sozialismus

Es gelingt den Nationalsozialisten, vor der Welt immer neue Verbrechen der fluchbeladenen Marxisten aufzudecken. Jetzt haben sie ein Kapitalverbrechen enthüllt, von dem bisher wohl kaum jemand etwas geahnt hat. Da liegen Zehntausende Arbeiter und Arbeiterinnen der deutschen Automobilindustrie und Hunderttausende Arbeiter der Maschinenindustrie arbeitslos auf der Straße. Trotz allem Suchen können sie keine Arbeit finden. Warum nicht? Weil das deutsche Volk zu wenig im Automobil fährt. Und die Schuld tragen die Marxisten und die Weimarer Parteien, die dem einfachen Arbeiter immer eingeredet haben, Automobilfahren sei ein Luxus und er dürfe sich darum kein Automobil zulegen. Durch diese Propaganda sind die Arbeiter im allgemeinen um ihr Auto und die Arbeiter der Automobilindustrie um ihre Beschäftigung gekommen. Das ist kein Spaß, sondern es ist ganz ernsthaft in der „Deutschen Werkmeister-Zeitung“ zu lesen:

„Wenn also die Weimarer Regierungen unter dem Druck der marxistischen Elendspropaganda den motorisierten Verkehr in jeder Weise abzuwürgen und ihn als Luxus zu diskriminieren suchten, so haben sie damit nichts anderes erreicht, als die Ausschaltung eines Arbeitsfeldes, welches dem einfachen deutschen Mann nicht nur Arbeit und Brot geben würde, sondern dessen Erzeugnisse, wie der Führer sagt,

zugleich die Quelle eines freudigen Glückes für das Volk gewesen wäre, weil so naturgemäß die Ausbreitung des Autos immer weitere Kreise des Volkes erfaßt hätte, die damit also auch in den Genuß dieses, die Entfernungen leicht und sicher überbrückendes Verkehrsmittel gekommen wäre. Zwar sagen manche Volksgenossen, daß sie weniger Wert auf ein zukünftiges Automobil, als vielmehr auf gegenwärtiges und ausreichendes Essen und Trinken legen. Dieser Einwand gegen das neue nationalsozialistische Wirtschaftsziel der hundertprozentigen Motorisierung Deutschlands ist aber eigentlich zu blöde, um ihn weiter zu diskutieren.“

Der letzte Satz läßt darauf schließen, daß die Arbeiter den Automobil-Illusionen der Nationalsozialisten mit reichlicher Skepsis gegenüberstehen. Warum es eigentlich zu blöde ist, zuerst ausreichendes Essen und Trinken zu fordern und auf das märchenhafte Automobil zu verzichten, das zu erklären unterläßt leider der nationalsozialistische Volkswirtschaftler. Er klammert sich lieber an ein Zitat aus einer Rede des großen Führers, um den Marxisten noch einen letzten Schlag zu versetzen. „Es ist der Wille der nationalsozialistischen Politik,“ so hat kürzlich Hitler ausgeführt, „immer größeren Massen unseres Volkes die Gelegenheit zu bieten, dieses modernste Verkehrsmittel zu erwerben.“ Davon ist die „Deutsche Werkmeister-Zeitung“ ganz beglückt. Sie fügt hinzu:

„Mit dieser Formulierung erhob denn Adolf Hitler das Automobil zum klassischen Zeugen der nationalsozialistischen Politik unserer Staatsführung. Diese Formulierung zerschlägt endgültig das primitive Denken des Klassenkampfes, weil sie an die Stelle der Verelendungstheorie den sozialen Ausgleich setzt.“

Durch die Nationalsozialisten ist es also an den Tag gekommen, daß nur durch die Schuld der Marxisten dem einfachen Arbeiter bisher das Auto vorenthalten worden ist. In Kürze werden sie alle Besitzer eines Mercedes-Wagens sein, und die Automobilindustrie wird aus der Hochkonjunktur überhaupt nicht mehr herauskommen...

Mit dieser nationalsozialistischen Krisenbekämpfungsmethode sollte ja schon den rheinischen Winzern geholfen werden. Nur weil „marxistische Gleichmacherei“ und eine „bolschewistische Lebensauffassung“ das Weintrinken zum Luxus erklärt hatte, waren die Winzer in wirtschaftliche Bedrängnis geraten. „Nur ein Liter Weinverbrauch pro Kopf der Bevölkerung mehr,“ so hatte der nationalsozialistische Staatsrat Bürger gerufen, „behebt alle Not des Winzerstandes.“ Nur ein Automobil pro Kopf der Bevölkerung mehr, und alle Not der Automobilindustrie ist behoben! Diese Lösungen lassen sich endlos variieren!

Es ist uns wirklich ein Rätsel, wieso die Marxisten nicht auf dieses einfache Mittel der Bekämpfung der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Behebung aller Not im deutschen Volke gekommen sind...

## Ein Doldstoß gegen Schacht

... Die Vertragstreue ist der Grundbegriff allen kaufmännischen Handelns; daher ist die pünktliche Erfüllung abgeschlossener Verträge die erste Pflicht in jedem Geschäftsverkehr. Hiergegen verstößt auch, wer vereinbarte Zahlungsziele nicht einhält... (Aus einer Proklamation der gewerblichen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft.)

Es ist aber un schön, dem Reichsbankpräsidenten Schacht so in den Rücken zu fallen!

## Ein Aluminiumwerk jenseits des Polarkreises

(FSU.) Auf der Halbinsel Murmansk, 120 Kilometer nördlich von den Apatitwerken von Chibinogorsk ist der Bau eines neuen großen Aluminiumwerkes in Angriff genommen worden, das nach seiner Fertigstellung 40 000 Tonnen Aluminium jährlich erzeugen wird. Als Rohstoff dienen die Produktionsrückstände der Anreicherungsanlagen der Chibinogorsker Apatitwerke.

## Die deutsche Brauindustrie Dreiviertel der Ausfuhr verloren

Von einer wirklichen Besserung im Bierverbrauch ist noch nichts zu spüren. Höchstens kann man sagen, daß der Absatzrückgang zum Stillstand gekommen ist.

Der deutsche Bierexport ist jedenfalls in den letzten Jahren unaufhaltsam zurückgegangen. Wurden wertmäßig im Jahre 1932 noch für 14,5 Millionen Reichsmark deutsche Biere in das Ausland gebracht, so sank diese Ziffer für das Jahr 1933 bereits auf 11 Millionen Reichsmark. Insgesamt wurden im Jahre 1933 225 450 Hektoliter deutsches Bier ausgeführt, gegenüber 285 168 Hektoliter im Jahre 1932, 611 003 Hektoliter im Jahre 1929 und 941 342 Hektoliter im Jahre 1913.

Auch im ersten Vierteljahr 1934 sind die Ausfuhrziffern weiter zurückgegangen: Wurden in der Vergleichszeit des vorigen Jahres noch 50 709 Hektoliter deutsches Bier ausgeführt, so ist diese Ziffer für das erste Vierteljahr 1934 bis auf 41 230 Hektoliter gesunken.

## Keine Belebung!

Der Verein Westafrikanischer Kaufleute, Hamburg, teilt in seinem Bericht für 1933 mit, daß sich die erfreuliche Belebung auf vielen Gebieten der deutschen Wirtschaft noch nicht auf den Ueberseehandel und ganz besonders noch nicht auf den deutsch-westafrikanischen Handel erstreckt. Die Anteilnahme der gesamten Wirtschaft Deutschlands an dem Ergehen des deutsch-westafrikanischen Handels sei noch nicht ausreichend, um ihm die Möglichkeit zu geben, sich dem ausländischen Wettbewerb gegenüber mit Erfolg durchzusetzen. Die deutschen Waren seien für den Weltmarkt zu teuer, sowohl im Verhältnis zu dem stark gedrückten Preisstand der wichtigsten Rohstoffe und dementsprechend für die Kaufkraft der Bevölkerung der Rohstoffländer, als auch im Vergleich zu dem Preisstand der aus den Ländern mit abgewerteter Valuta (insbesondere aus England, USA. und Japan) stammenden Waren. Die durch Scripsverfahren herbeigeführte Verbilligung reiche zur Ueberbrückung des Preisunterschieds in den meisten Fällen nicht aus. Es komme hinzu, daß das Scripsverfahren vielfach zu erheblichen, sachlich nicht zu rechtfertigenden Begünstigungen ausländischer Großkonzerne und dadurch zu Nachteilen für den deutschen Ueberseehandel führe. Mit Erfolg, so wird betont, werden sich die für den deutschen Ueberseehandel zur Zeit bestehenden Mißstände nur abstellen lassen durch zielklare Maßnahmen, durch die eine ausreichende Verbilligung der deutschen Ausfuhrwaren unter besonderer Berücksichtigung der Interessen des deutschen Ausfuhrhandels herbeigeführt werde.

## Weitergeben! Weitergeben!

Werfen Sie die „Deutsche Freiheit“ nach dem Lesen nicht fort. Geben Sie das Blatt an Leute weiter, die der Aufklärung und Belehrung bedürfen!







## Geiz und Benzin

Von Cristan Bernard

Dank dem Auto brechen, wenn das Wetter schön ist, die ambulanten Kolonnen auf und bevölkern die Hotels der kleinen Städte bis hinunter zu den ländlichen Herbergen. Dank dem Auto herrscht selbst in den bisher wildesten Gegenden eine entzückende Zivillisation. In den Maschinen, die einst die Schafhirten gleich Ungeheuern geschreckt hatten, sieht man jetzt ländliche Gaffer herbeiströmen, und so mancher noch etwas unbeholfene Chauffeur, der verzweifelt nach der Ursache einer Panne sucht, nimmt sehr gern die Hilfe eines der ländlichen Fachleute in Anspruch.

Die kleinen Gänsehirtin haben nur die eine Sehnsucht, die Fahrtschule besuchen zu dürfen, und der alte Hirt in seinem weißen Kittel träumt davon, sich in seine Hütte einen Motor einbauen zu lassen.

Aber ich will heute nicht lange über das schöne Thema vom Auto, das die Zivillisation verbreitet, sprechen; das könnte man nur in Alexandrien tun. Und das ist eine Ausdrucksweise, deren ich mich nur ausnahmsweise zu bedienen pflege.

Das Auto, das uns nach den Voireschloßern entführte, hatte sechs Personen „an Bord“. . . wir haben drei Tage zusammen gelebt, und wir kennen einander nun fast ebenso gut, als hätten wir sechs Monate gemeinsam in einer mit Eisbärhüllen verkleideten Bretterhütte überwintert.

Bis dahin wußten die sechs Reisenden voneinander gar nichts, obwar sie einander regelmäßig in Gesellschaft begegnet waren. Wenn man zusammen eine Stunde in einem Salon oder zwei Stunden bei Tisch verbringt, spielt man einander eine Komödie vor und übernimmt eine Rolle, die dreimal vierundzwanzig Stunden durchzuhalten beinahe unmöglich ist.

Da war vor allem der Chauffeur, dem ich schon wiederholt am Wagen meines Freundes G. D. Gedion begegnet war. Dieser Chauffeur machte mir stets den Eindruck eines untadeligen, gefügigen Dieners. . . Heute weiß ich, daß es keinen eigenständigeren Menschen gibt. Sein „Ja, gnädiger Herr“, das ich häufig aus seinem Mund gehört hatte und das mir stets als der Ausdruck respektvoller Unterordnung des gehorsamen Dieners erschienen war, sein „Ja, gnädiger Herr. . .“, hatte plötzlich seine wahre Bedeutung bekommen.

„Ja, gnädiger Herr, du bist mein Herr, du zahlst mir monatlich soundsoviel und glaubst, mir dafür deinen Willen aufzwingen zu können. Ich tue dir deinen Gefallen und sage: „Ja, gnädiger Herr. . .“, aber ich wahre meine Würde, indem ich nach eigenem Ermessen handle. Und mein Ermessen ist das Richtige, denn du bist nur der Herr, ich aber bin der Fachmann.“

„. . . Du sagst zu mir: am Ende dieser Straße biegen Sie nach links ab. Ich rufe und biege nach rechts ab. Ich kenne den Weg nicht. Aber es paßt mir nicht, mich deinen Anordnungen zu fügen, die voraussichtlich falsch sind. Du läßt mich gewähren, weil ich dich einschüchtere und weil du Angst hast, dich zu irren, du, der Herr und meine Verachtung einzubehalten. . . Ja, gnädiger Herr!“

Der Chauffeur ist eine Nummer für sich, aber sein Herr ist auch nicht zu verachten.

Ein großer blonder Bürsche von etwa dreißig Jahren, der sein Leben genossen hat: Frauengeschichten, hohes Spiel usw. Er ist dabei noch ganz gut davongekommen, in dem Sinne nämlich, daß sein sehr großes Vermögen trotzdem beinahe unangeführt blieb. Er ist ein außerordentlich liebenswürdiger, großzügiger Mensch. Im Restaurant, bei dem so heißen Punkt des Zahlens, lernt man einen Menschen kennen.

„Run! Und anläßlich unserer letzten gemeinsamen Autotour hat dieser doch gewiß großzügige, ja beinahe leichtsinnige Mensch plötzlich eine ganz merkwürdige Art von Geiz entwickelt. Ja, er ist in einem Punkte geizig. Wir wußten doch nicht. . . und konnten auch nicht ahnen. . . Er

logierte uns, solange es irgend anging, in die besten Hotels ein, ließ die ältesten Weine aus dem Keller bringen und zog jeden Augenblick eine neue Schachtel mit Riesenzigarren aus seinem Koffer, Zigarren, wie man sie nur in Paris bekommt. Aber seine schwache Seite vermochte er uns auf die Dauer nicht zu verbergen: wenn es sich um Benzin handelte, ist mit ihm nicht zu reden.

In Suresnes ließ er viel zu knapp einfüllen und überwachte die Jeremie strengstens, damit kein Tropfen verloren ging. Und vier Stunden später standen wir auf freiem Felde ohne Benzin da. Glücklicherweise kamen nach zehn Minuten andere Automobilisten, die uns mit einigen Litern anshalfen. Sie hätten uns auch noch mehr überlassen, aber G. D. Gedion lehnte ab, weil es etwas teurer war, das befiel fünfzehn bis zwanzig Centimes mehr kostete, als er im nächsten Dorf zu bezahlen hoffte.

An der Kastation angelangt, kommt der Wagen sofort in die Garage, damit sich nur ja keiner von den Gästen einfallen läßt, noch eine Fahrt in die Stadt zu machen.

G. D. Gedion ist ein ganz unwahrscheinliches, unerklärliches Wesen. Aber er existiert. Und es gibt viele Menschen seiner Art, die nur auf einem ganz speziellen Gebiet geizig sind. Ich kenne einen sehr netten Herrn, der sich nicht eher entschließen kann, sich einen neuen Hut zu kaufen, als bis sein grauer, steifer Filz ein Gegenstand des Grauens für seine ganze Umgebung geworden ist.

Ich kenne auch eine alte Dame, die in einem sehr eleganten kleinen Palais wohnt und vier oder fünf Pferde in ihrem Stall stehen hat. Und diese Pferde läßt sie so wenig wie möglich auslaufen, aus Angst, sie zu ermüden, oder auch aus Furcht, sie könnten zu viel fressen, um ihre Kräfte zu erschöpfen. Diese alte Dame, in anderer Hinsicht sehr großzügig, verbringt ihre Zeit in der Untergrundbahn und immer nur zweiter Klasse. Nicht, daß es ihr etwa ein Vergnügen macht, denn sie erträgt die Hitze in der Metro sehr schlecht und das viele Stiegensteigen wird ihr unendlich schwer.

Alle diese Leute sind weder manisch, noch sind sie Narren. Sie haben nur eine ganz eigenartige Bewertung der Dinge in dieser Welt. Der Herr mit dem alten Hut findet, daß man lässlich dreißig bis vierzig Franken für eine Maßzeit ausgeben kann, aber das Vergnügen, einen anscheinenden Hut auf dem Kopf zu haben, nicht fünf Franken wert sei. Sie sind keineswegs abnormal und unterscheiden sich von uns in keiner Weise.

Sie rechnen nur anders als wir, das ist alles.  
(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen.)

## Sohn eines Lords als Landarbeiter

Der Sohn eines englischen Lords älteren Adels, Lord Raas, hat sich im Alter von 44 Jahren entschlossen, einfacher Landarbeiter zu werden. Er hat einen Arbeitsplatz in Grendon, nicht weit von London mit einem Wochenlohn von zwei Pfund und fünf Schilling gefunden. Schon seit Jahren war es der Traum dieses Mannes, seine Schaffenskraft in den Diensten der „wahren Gesellschaft“ zu stellen, da er sich aus der hohen Gesellschaft, der er anzuhören die Ehre hat, absolut nichts macht. Nach seinen Aussagen gefällt ihm seine neue Arbeit außerordentlich. Da er lange Jahre in den Kolonien gearbeitet hat, macht ihm körperliche Anstrengung nichts aus, trotzdem der Beruf eines Landarbeiters zu den körperlich anstrengendsten gehört. Mit seinen neuen Arbeitskollegen sieht er auf bestem Fuße. Er hatte zuerst einiges Mißtrauen seiner Kollegen zu überwinden, was ihm aber vollkommen gelungen ist. „Mit 44 Jahren habe ich endlich die Menschen gefunden, zu denen ich gehöre“, sagt der Lord, „es sind prächtige, aufrichtige Menschen.“

## Das Lied von Abels Tod

Von Hermann Hesse

Tot in den Gräsern liegt Abel,  
Bruder Cain ist entflohn.  
Ein Vogel taucht seinen Schnabel  
Ins Blut, schrieht auf, fliegt davon.

Der Vogel fliehet durch die ganze Welt,  
Sein Flug ist scheu, seine Stimme gellt,  
Er klagt unendliche Klage:  
Um den schönen Abel und seinen Todeschmerz,  
Um den finstern Cain und seine Seelennot,  
Um seine eigenen jungen Tage.

Bald schießt ihm Cain seinen Pfeil ins Herz,  
Bald wird er Streit und Krieg und Tod  
In alle Hütten und Städte tragen,  
Wird sich Feinde schaffen und sie erschlagen,  
Wird sie und sich selber verzweifelt hassen,  
Wird sie und sich selber in allen Gassen  
Verfolgen und quälen bis zur nächsten Beltennacht,  
Bis Cain endlich sich selber umgebracht.

Der Vogel fliehet, aus seinem blutigen Schnabel  
Schreit Todesklage über die ganze Welt.  
Es hört ihn Cain, es hört ihn die Mutter von Abel,  
Es hören ihn Tausend unterm Himmelszelt.

Zehntausend aber und mehr, die hören ihn nicht,  
Sie wollen nichts wissen von Abels Tod,  
Nichts von Cain und seiner Seelennot,  
Nichts vom Blut, das aus vier Wunden bricht:  
Nichts vom Krieg, der noch geteilt gewesen,  
Und den ihre Frauen jetzt in Romanen lesen.  
Für sie alle, die Satten und Frohen,  
Die Starcken und die Rosen,  
Gibt es nicht Cain noch Abel, nicht Tod noch Leid,  
Auch keinen Krieg, höchstens eine „große Zeit“.

Und wenn der klagende Vogel vorüberfliehet,  
Dann nennen sie ihn Schwarzscher und Bestimmt  
(Was er ja vielleicht auch ist),  
Zählen sich hart und unbesiegt,  
Und werfen nach dem Vogel mit Steinen  
Oder machen Musik, daß man ihn nicht mehr hört  
Beiß seine traurige Stimme sie stört.

Der Vogel mit seinem kleinen  
Blutstropfen am Schnabel liegt von Ort zu Ort,  
Seine Klage um Abel lönt fort und fort.

## Kleine Geschichten

Hans Thoma war, wie fast alle wirklichen großen Künstler, sehr bescherten und mit seinem Können im Gegensatz zu seinen vielen Bewunderern nie zufrieden. Einmal malte er einem seiner Schüler in dessen Stillleben etwas hinein.

„Diese Art Malerei ist mir zu trocken“, erwiderte der Schüler gekränkelt Tones, „ich möchte malen wie Rubens“, sagte er überheblich hinzu.

Thoma sah den jungen Menschen mit einem langen Blick an. „Das möchte ich auch“, entgegnete er und wandte sich einem anderen zu.

In London wurde ein Verein gegründet, dessen Mitglieder das Verteilen von Trinkgeldern abschworen. Geschäftreisender Fox aus Aberdeen wurde ebenfalls aufgefordert, als Mitglied einzutreten. „Die hoch ist der jährliche Beitrag?“

„Zwei Schilling, Mr. Fox.“  
„Das ist nicht wirtschaftlich“, erwiderte der schottische Gentleman, „ich glaube, ich komme besser fort, wenn ich weiter Trinkgelde verteile!“

## Der Kuß im Tunnel

Von Karl Frey

Der Zug kauft den Apennin hinauf. Zwischen Bologna und Florenz überwindet die Bahn in unzähligen Rehren das Gebirge, hoch über der toscanischen Ebene endet der letzte Tunnel, ein unvergleichlicher Blick bietet sich den Reisenden.

In einem Abteil erster Klasse befinden sich drei Personen: eine Dame und zwei Herren. Die Dame kommt aus Deutschland, die beiden Herren sind Italiener und sind in Bologna zugeflogen. Der eine sitzt der Dame gegenüber am Fensterplatz, der andere an der Tür. Beide scheinen sich nicht zu kennen.

Der Herr der Dame gegenüber kommt bald ins Gespräch mit ihr. Er spricht leidend deutsch, erkundigt sich nach ihrem Reiseziel, erzählt, daß sie nach Rom will; beginnt von Rom zu erzählen, dann von der Gegend, die sie durchfahren, von Toskana und von Florenz. Es ist ein angeregtes Reisegespräch, der Herr ist liebenswürdig und zuvorkommend, die Dame ist nach der langen Reise froh über die neue Bekanntschaft, der Herr macht einen kultivierten und gepflegten Eindruck, er sieht zwar etwas durchschnittlich aus, aber alles in allem gefällt er ihr recht gut. Als der Zug in Prachia ankommt, auf der Bahnhöhe, ist man bereits gut Freund, man benutzt den kurzen Aufenthalt, um auszustiegen und Luft zu schöpfen, geht gemeinsam, wie alte Bekannte, über den Bahnsteig, das Gespräch wird intimer, die Dame duldet es, daß der Herr sie beim Schlendern unterfaßt. Als man den Wagen wieder besteigt, ist man befreundet.

Der andere Herr scheint sich um das Paar nicht zu kümmern. Ist schlaftrig in seiner Ecke; blättert ab und zu in den Zeitungen, ist ein angenehmer Coupégenosse, der einfach nicht vorhanden ist.

Die Dame sieht es nicht ungern, als der Herr jetzt neben ihr Platz nimmt, sie erlaubt es ihm, mit ihrer Hand zu

spielen, und ist weder entsetzt noch erschaut, als er sie in dem langen letzten Reihentunnel in die Arme nimmt und küßt. Sie erwidert seine Küsse, und bedauert es lebhaft, als Licht einfällt, der Tunnel zu Ende geht, und das kleine Reiseabenteuer sein Ende nimmt.

Der Herr bedauert das auch seinerseits, bestürmt sie, mit ihm in Florenz auszustiegen, wo er anständig ist. Sie muß leider ablehnen. Sie trifft am nächsten Tage Freunde in Rom, mit denen sie die Reise fortsetzen will. Aber sie würde es gerne leben, wenn er sie bis Rom begleite, sie hätten dann den Abend für einander und die Nacht. . . Man merkt, sie ist weltgewandt, einem Abenteuer nicht abgeneigt, wie sie ihm auch gerne die Hände überläßt, die er immer wieder mit Küssen bedeckt.

Florenz kommt in Sicht, sie sind noch immer beim gleichen Thema, der Herr scheint unentschlossen, sie verlegt sich aufs Reden, seine Geliebte erwartet ihn wohl, oder gar seine Frau, er tut, als sei er in seiner Mannesehre getroffen, erklärt ihr bis ans Ende der Welt folgen zu wollen, bestimmt, sagt er mit plötzlich endgültigem Beschluß, wolle er sie bis Rom begleiten. Der Zug hat eine Viertelstunde Aufenthalt in Florenz, Zeit genug, um schnell zu telefonieren und die geschäftliche Konferenz abzusagen, zu der er eigentlich dringend hinmüße, aber was sind alle Geschäfte gegen die Liebe, es sei zwar etwas unzeitgemäß jugendlich, er sei doch schon ein älterer Herr — (die Dame wendet sich selbstverständlich gegen diese ganz falsche Behauptung), aber man müsse seinen Gefühlen folgen, nicht seinem Verstande, und sein Gefühl sage ihm, er solle bei ihr bleiben, aber nicht nur bis morgen, nein, er würde sie nie mehr verlassen. . .

Die Dame lächelt über so viel Temperament und Ungeküm, redet ihn mit „caro mio“ an (das einzige Wort, das sie italienisch kann), er erwidert mit „carissima“, und als

der Zug in Florenz einfährt, ist alles beschlossen und in bestem Einvernehmen.

Auch der andere Herr erhebt sich, als der Zug einfährt, von seinem Platz, grüßt höflich, nimmt seinen Suit-Case und verschwindet. Der Herr setzt seinen Hut auf, geht auf den Gang, kommt zurück, holt seine Mappe, sein einziges Gepäckstück — er wisse die Telefonnummer nicht genau, sie sei bei seinen Akten — steigt aus, winkt vom Bahnsteig noch einmal herüber, läuft zu dem Ausgang, er sei gleich wieder da.

Die Dame sieht sich das Treiben auf dem Bahnsteig an, ist gutgelaunt, träumt von dem Abenteuer, das vor ihr steht, hoffentlich kommt niemand ins Abteil, damit sie ungehindert fünf Minuten vergehen, zehn Minuten, sie beängstigt Ausschau zu halten, jetzt muß er gleich kommen, elf Minuten, zwölf, dreizehn, jetzt muß er gleich heraufstürmen, man muß sich etwas zurechtmachen. Sie greift auf den Sitz, da muß doch die Tasche liegen, wo ist denn die Tasche hin, ist sie vielleicht hinter die Polster gerutscht bei dem Kuß im Tunnel? Sie greift hinter das Polster, vierzehn Minuten, Einsteigen, bitte. Hinter dem Polster liegt nichts. Sie blickt unter die Bank, zu dumm, daß man sich nicht mehr in Ordnung bringen kann, bevor er kommt. Auch unter der Bank ist nichts, ein Pfiff, Abfahrt! Sie stürzt zum Fenster, sie steht ihn nicht über den Bahnsteig laufen, sie stürzt auf den Gang, der Gang ist leer, sie stürzt zurück ins Coupé, durchwühlt nochmals die Polster, nichts, greift unter die Bänke, nichts ihre Tasche, mit Geld, Paß, Fahrkarte und einer Perlenkette ist und bleibt verschwunden. Sie wirft sich in ihre Ecke, sie ist fassungslos, wie kann man eine Tasche entwenden, während man eine Frau in den Armen hält.

Pfötzlich fällt ihr der andere Reisende ein. Pfötzlich fällt ihr ein, daß die beiden Herren zugleich das Abteil betreten hatten. Und sie erinnert sich ganz deutlich, daß sie einen Blick geteilt haben, bevor sie Platz nahmen. — Und nun muß sie doch über den Kuß im Tunnel weinen, obwohl sie eine weiterfahrende Dame ist, und Abenteuern nicht abgeneigt.



# Der hohe Kommissar

Es heißt, daß der Professor James Macdonald ein Schwiegersohn Rockefellers ist.

Wir wissen nicht, ob das stimmt. Fest steht jedoch, daß dieser Umstand im vorigen Herbst bei der Bestellung Macdonalds zum *Hohen Kommissar für die aus Deutschland stammenden Flüchtlinge* eine gewisse Rolle gespielt hat. Es scheint gar, daß die maßgeblichen und repräsentativen jüdischen Kreise von dem Professor Macdonald, dessen Wahl sie propagierten und durchsetzten, kaum viel mehr kannten als diese problematischen, verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Herren der Welt — amerikanisch gesehen.

Jetzt, sechs Monate nach der Ernennung bereits, hat Macdonald eine schlechte Presse. Alle Welt ist von ihm enttäuscht, die nichtgleichgeschalteten deutschen Zeitungen finden nur Worte des Tadels, von einzelnen wird er scharf angegriffen. Und die Juden in den Ländern fragen empört, warum denn just ein so in jeder Hinsicht ungeeigneter Mann wie der Professor Macdonald auf diesen wichtigen Posten berufen werden konnte.

Sie sollten sich diese Frage selbst beantworten. Die gleiche Logik, dieselben Argumente, die zu Herrn Macdonald führten, haben die Juden stets und zu allen Zeiten bestimmt, wenn sie einen Mann suchten, der ihre Interessen politisch vertreten sollte. Sie haben nie danach gefragt, was der Mann ihrer Wahl verstand, und seine diplomatische Bewährung, seine politischen Fähigkeiten waren ihnen nie so wichtig wie seine Beziehungen. Sie waren zufrieden, zu wissen, daß er zu allen Ministerien der Welt Zutritt finden würde — sie glaubten nicht an die Berufung des Politikers, sie wollten und brauchten einen Vermittler. Sie waren stets tief innerlich davon überzeugt, daß ein Mann, der Rang und Ruf in der Welt habe, auch der Rechte sei, politische Interessen erfolgreich zu vertreten — so haben sie es gehalten jahrhundertlang. Und selbst Einstein hat so gedacht — so sehr ein großer Gelehrter wie ein politischer Dilettant. Die Wahl Macdonalds erinnert peinlich an das achtzehnte Jahrhundert, an die Zeit, da die Juden den Oberhofsaktor und Kammeragenten zum Fürsten schickten, wenn es politische Dinge durchzusetzen galt.

Gewiß, es sprach manches dafür, einen Nichtjuden mit dem Amt des Hohen Kommissars zu betrauen. Denn er hatte ja zweifellos auch mit der deutschen Regierung, mit Herrn Hitler und seinen Ministern zu verhandeln. Aber dieses Moment durfte nicht ausschlaggebend sein. Wichtiger war es, einen Mann zu finden, der für die akuten Notwendigkeiten der Flüchtlinge Verständnis, Interesse und Herz hatte. Und der bereit war, seine Beziehungen nicht nur zur Erlangung eines diplomatischen Frühstücks in den verschiedenen Hauptstädten, sondern auch zu Nut und Frommen der Emigranten spielen zu lassen. Und es kam nicht zuletzt darauf an, daß dieser Mann tiefinnerlich von den Rechten der politischen Emigranten auf ihrer Existenz und von der Verpflichtung aller Länder zu ihrer Hilfe überzeugt war.

Wer James Macdonald ist, wissen wir jetzt. Ein smarter Amerikaner aus dem Grenzgebiet zwischen der plutokratischen und der diplomatischen Sphäre, ein Mann, dem das Amt des Hohen Kommissars das Sprungbrett für eine diplomatische Karriere sein soll. Und von dem es bereits jetzt heißt, daß ihm die Emigranten im einzelnen wie in der Gesamtheit gleichgültig, wenn nicht gar unsympathisch sind. Die peinlichen Verhandlungen über den Etat des Hohen Kommissars und seines Stabs, die Auseinandersetzungen über die Besetzung der einzelnen Posten, ob mit Fachleuten, ob mit den Vertrauten Macdonalds, ob mit Ariern oder Nichtariern — alles das hat gezeigt, wie notwendig auf diesem Platz ein Mann von großem politischen Format gewesen wäre, und wie weit der jetzige Inhaber des Postens von diesem Ideal entfernt ist.

Wie die Dinge aber zur Stunde liegen, wird es nicht leicht sein, einen Wechsel im Amt zu erreichen. Die Regierungen der einzelnen Länder haben den Mann akzeptiert, den ihnen die Komitees vorschlugen. Sie werden sich auf diese Tatsache berufen, wenn sie neue Pläne ablehnen. Und die Lage der Emigranten ist inzwischen überall so außerordentlich schwierig geworden, daß jede aus solchen Gründen verlorene Minute unansehnliche Folgen haben kann. Der Hohe Kommissar ist sechs Monate im Amt, nichts ist erreicht und die Not ist gewachsen. „Die Emigranten müssen untergehen, wenn nicht nun endlich energisch etwas von derjenigen Instanz geschieht, der das Schicksal der Emigranten anvertraut ist und deren ganze Tätigkeit sich bisher darin erschöpft hat, zu existieren“ — sagt Georg Bernhard. „Die Flüchtlinge, die zum Beispiel noch immer nicht einmal zu richtigen Ausreisepapieren gelangt sind, werden ein dringliches Bedürfnis danach empfinden, daß der Hohe Kommissar seine ganze Tatkraft den Sorgen widme, die sein Auftrag ihm anvertraut: ihren Sorgen“ — meint Rudolf Olden.

Alles das ist zweifellos richtig. In dem halben Jahr seiner Tätigkeit ist noch nichts geschehen, der Hohe Kommissar ist durch die Länder Europas gereist, er hat mit Ministern und Botschaftern verbindliche Worte getauscht, er hat jüdische Komitees allüberall seines Interesses und seines besonderen Wohlwollens versichert. Doch, wenn man den ausführlichen Bericht, den er in dieser Woche dem Verwaltungsrat und dem Ständigen Komitee seiner Organisation erstattet hat, zusammenfaßt, so bleibt als einziges Faktum die Feststellung, daß Siedlungsmöglichkeiten „erst nur in Palästina bestehen. Ein Umstand, der allerdings auch außerhalb der persönlich und politisch interessierten Kreise und schon vor dem Amtsantritt des Hohen Kommissars bekannt gewesen sein soll.“

Doch auch mit praktischen Fragen hat sich Macdonald beschäftigt, so mit der Erteilung der *Arbeitslaubnisse* an Emigranten. Just in diesem Punkt zeigt er eine Objektivität, für welche die in ihrer Ruhe ungerne gestörte Beamenschaft der verschiedenen Länder zweifellos mehr Verständnis zeigen wird, als die hungernden Emigranten. Angesichts der herrschenden Wirtschaftskrise hält es der Hohe Kommissar nämlich, so lesen wir in seinem Bericht, nicht für angebracht, von den Regierungen der einzelnen Länder allgemeine *Arbeitslaubnisse* für die Ausgewanderten zu fordern. Wenn er jedoch weiterhin erwähnt, daß trotzdem in einzelnen Fällen *Spezialarbeitslaubnisse* gewährt worden sei, so ist das richtig; wenn er jedoch hinzufügt, daß er das vermittelt habe, so muß erwähnt werden, daß der Öffentlichkeit und den Emigranten nicht ein einziger solcher Fall bekannt geworden ist.

Das Problem der *Einwanderung* hat Herr Macdonald klug und weise in Zusammenarbeit mit den bestehenden und seit Jahrzehnten arbeitenden jüdischen Organisationen zu lösen

versucht, wobei nicht erörtert zu werden braucht, bei wem das Schwergewicht dieser Tätigkeit lag. Immerhin vorweg der Hohe Kommissar zu erklären, daß seine Vorschläge in manchen Ländern mit Wohlwollen entgegengenommen worden sind und da die *Einwanderung tatsächlich erleichtert* worden sei. Der Verwaltungsrat werde es aber verstehen, daß er die *Angabe von Einzelheiten* im Rahmen dieser öffentlichen Erklärung *vermeide*. Und im übrigen vertraue er auf eine zunehmende Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Vielleicht versteht das der Verwaltungsrat — wir verstehen es jedenfalls nicht, daß Herr Macdonald stets dann diskret wird, wenn man konkrete Angaben von ihm erwartet, wenn er von praktischen Ergebnissen berichten soll, mit denen die Emigranten etwas anfangen können. Das Wohlwollen, das einzelne Länder Herrn Macdonald gezeigt haben, ist dem Flüchtling oft nicht gar so wichtig wie die Chance, die ihm der Hohe Kommissar irgendwo eröffnet hat und über die er so beharrlich schweigt.

Hier zitieren wir wörtlich den Bericht: „Der Hohe Kommissar James Macdonald berichtete weiter, er wie seine Mitarbeiter hätten bei Gelegenheit zweier Besuche in Berlin, im Februar und im April 1934, mit den Beamten des deutschen Auswärtigen Amtes die Paßfrage für die Emigranten erörtert und verlangt.“

Macdonald hat ein ganzes Dutzend mehr oder minder wichtiger Verlangen gestellt. Und er sagt am Schluß der Aufzählung: „Der Hohe Kommissar erwartet eine Antwort auf alle diese Fragen.“

Möglicherweise bekommt er sogar eine Antwort. Aber wir möchten auf deren Art und Inhalt bereits jetzt aus dem Umstand schließen, der uns besonders wichtig erscheint, und über den Macdonald verlegen hinweggeht: daß der vom Völkerbund eingesetzte Hohe Kommissar für die aus Deutschland stammenden Flüchtlinge, Herr Professor James Macdonald, offenbar weder vom Reichskanzler, Herrn Hitler, noch vom Außenminister, Herrn von Neurath, empfangen worden ist. Wenn man seine eigenen Angaben berücksichtigt, so ist er von einem Oberregierungsrat, bestenfalls von einem Ministerialrat abgefertigt worden. Und das, so möchten wir feststellen, ist eine Schande.

Es ist aber auch ein Beweis dafür, wie ungeeignet Macdonald für sein Amt ist, wie wenig ernst er seine Aufgabe nimmt, und wie gleichgültig ihm das Schicksal der von ihm Betretenen ist. Der Hohe Kommissar müßte sich bewußt sein, für den Völkerbund zu stehen, für eine Macht auf Erden, namens deren er mit einer andern Macht gleichberechtigt und in den üblichen diplomatischen Formen zu verhandeln hat. Und er müßte fühlen, daß die Nanchalane, mit der die Sache der Emigranten in Berlin verhandelt wird, nicht nur eine Beschimpfung seiner Schützlinge, sondern auch eine Ohrfeige für den Völkerbund und seine eigene Person ist. Wenn er das nicht spürt, wenn das an seiner Smartness abgleitet, dann ist James Macdonald seiner Aufgabe nicht gewachsen. Was zu beweisen war, was — leider Gottes — niemand mehr bewiesen zu werden braucht.

Der ganze lange Bericht sagt keinem etwas Neues. Er gibt zusammenfassend das Ergebnis der von den einzelnen

jüdischen Organisationen geleisteten Arbeit wieder — das aber erfährt die Öffentlichkeit auch auf dem direkten Weg. Wichtig ist nur die Feststellung, daß die zur Verfügung gestellten Mittel ausschließlich und restlos aus jüdischen Kreisen stammen, und wenn diese auch größtenteils für die Flüchtlinge ohne Unterschied der Konfession bestimmt seien, so konzentrierte sich das Hauptinteresse der Organisationen dennoch und naturgemäß hauptsächlich auf die jüdischen Ausgewanderten. Was aber, so fragt Macdonald, soll aus den ausgewanderten Nichtjuden werden?

Zur Beantwortung dieser Frage wenigstens könnte Macdonald unter Umständen dennoch der rechte Mann am rechten Platz sein. Wie wäre es, wenn er seine Beziehungen zu Rockefeller und den übrigen upper ten der Städte Newyork und Chicago einmal zu Gunsten der ausgewanderten Nichtjuden verwenden würde, um die sich keine Organisation kümmert, die in einem erstaunlichen Maß von den sozialdemokratischen Gruppen der anderen Länder im Stich gelassen werden?

Eins jedenfalls lehrt der Bericht. Die Emigranten habe alle Ursache, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, und die Organisationen, denen Macdonald feierlichen Dank abstattet, sollten inzwischen bemerkt haben, daß mit dem Hohen Kommissar als einem Faktor zur Besserung der Verhältnisse in der Emigration nicht zu rechnen ist. Nicht ausgeschlossen, daß James Macdonald gelegentlich einmal in dem einen oder andern Fall einem Projekt, das von einer dieser Gesellschaften gründlich durchgearbeitet und finanziert worden ist, zur Sanktion durch den Völkerbund verhelfen kann. Grundlegende Arbeit aber wird er nicht leisten. Dafür liegen ihm die Dinge zu fern, sind ihm die Probleme zu fremd.

Fragt sich nur, ob die Gruppen und Komitees, die Herrn Macdonald für seinen Posten vorschlugen, jemals Anlaß hatten, mehr von ihm zu erwarten. Niemand wird das heute mehr behaupten. Aber es steht nicht minder dahin, ob ein anderer Diplomat aus dem Korps eines anderen Landes, selbst wenn ihm seine Aufgabe nicht nur ein Stück Karriere sondern Herzenssache gewesen wäre, mehr vermocht, an seiner Statt mehr erreicht hätte.

Die Juden sollten sich endlich einmal darüber klar werden, daß die Frage der jüdischen Emigration und der von diesem Begriff umfaßten kleineren Probleme nur von Juden für Juden gelöst werden kann. Wie sie sich entschließen sollten, jüdische Politik von Juden führen zu lassen. Kein Mittler kann ihnen helfen. Aber sie müssen lernen, die Mächte dieser Welt politisch zu sehen, nüchtern, ohne Ressentiments oder Illusionen, als Faktoren und nicht als Menschen. Es wird gewiß nie möglich sein, die Juden der Welt, wenigstens für jüdische Fragen, unter einen Hut zu bringen. Wenn es aber einem Juden gelänge, sein Volk zu einem politischen Faktor zu machen, in dessen Namen und Auftrag er mit den Regierungen der Länder verhandeln könnte, ohne sich erst der Vermittler, der Beziehungen zu bedienen, dann werden die Probleme der Emigration, der Wanderung, der Berufsumschiebung wahrlich leichter lösbar sein.

Gewiß, die Juden sind von altersher ein unpolitisches Volk, aber sie haben Disraeli, Theodor Herzl und Rathenau hervorgebracht. Solange die jüdischen Gruppen aber zu ihrer politischen Vertretung die Anverwandten amerikanischer Milliardäre, die gestolperten Diplomaten anderer Länder bestellen, werden sie politische Erfolge kaum aufzuweisen haben. Der Jude sollte auch dem Juden gegenüber den alten amerikanischen Grundsatz befolgen, *to give him a chance*.

## Marschlied der Schutzhäftlinge „Frei wird Deutschland sein“

Nicht weit von der Arbeitslosenmetropole Chemnitz, die früher einmal eine Industriestadt war und heute auf dem Aussterberetat steht, in der Nähe des bedeutungslosen, verarmten Städtchens Kranzenberg befindet sich, an dem Hahnenbach gelegen, das trostlose Dorf Sachsenburg. Das Merkmal dieses Ortes ist daselbe, wie das aller Ortschaften des „dritten Reiches“: verfallene, leerstehende Häuser, öde Straßen, geschlossene Höfen, ausgehungerte, verbitterte Menschen, fette, wohlgenährte SA-Konzen.

Eine ehemalige Fabrik des Dorfes Sachsenburg dient jetzt als Konzentrationslager für die politischen Gegner des avancierten Anführergesellen aus Braunau in Osterreich. Hinter den hohen Mauern der verfallenen Gebäude spielen sich nun die widerwärtigen Szenen ab, die heute das Kulturjambal des unterjochten deutschen Volkes darstellen. Die Auslandspreise mühte mehrfach gerade aus Sachsenburg schon empörende Vorgänge berichten, vieles leider noch aus Rücksicht auf angefangene Genossen und deren Angehörige zurückhalten. Heute veröffentlichen wir das nachstehende Lied, das Sachsenburger Schutzhäftlinge gemeinsam erklingen haben. Sie haben es wochenlang bei ihren Marschen auf den Straßen der Umgebung gelungen. Damit ihnen das erlaubt wurde, haben sie im Texte fast jede aggressive politische Tendenz vermieden oder in eine vorfichtige Gefühlsäußerung geteilt. Daran erklärt es sich, daß das Lied nur leise kumpferische Untertöne aufweist. Aber sie sind noch da, obwohl die stumpfen SA-Obren der braunen Wachtmeiste sie monatlang überhört haben. Die Bevölkerung von Sachsenburg und seiner Umgebung war aber hellhöriger. Sie verstand das Lied auch ohne Worte. Und wo die Sachsenburger Schutzhäftlinge in Marschkolonnen auftraten und das „Gesängenslied der Sachsenburger“ anstimmten, da strömten die Leute herbei und begrüßten den Zug mit leuchtenden Augen und aufmunternden Blicken. Ja, sogar herzlicher Beifall wurde durch freundschaftliches Winken, durch Zurufe und Händeklatschen gesendet. Man warf den marschierenden Häftlingen Blumen zu und reichte ihnen Obst und andere Geschenke dar. Die Kinder sangen an den Reihren des Häftlings-Marsches mitzufingen, hin und wieder stimmten sogar die Erwachsenen an den Haustoren und Gängen der Gärten in die schwermütige und doch zuversichtliche Marschweise mit ein.

Das wurde der nationalsozialistischen Lagerleitung denn doch zu dumm. Es bildeten sich hier „auf Flügeln des Gesanges“ die schönsten Verbrüderungen heraus zwischen dem Volke und den gefangenen Staatsfeinden! Die braune Kommandantur ließ sich schließlich das Lied bringen und studierte es nun aufmerksam durch. Die Folge der Prüfung war der kategorische Lagerbefehl: Das Singen des Häftlings-Liedes ist bei exemplarischer Strafandrohung strengstens verboten! Seitdem hat man das Lied nicht mehr, wenigstens nicht laut und nicht aus dem Munde der Häftlinge, wenn bewaffnete SA-Konzen um sie herumstreifen. In der Bevölkerung lebt es fort, die Kinder stimmen es auf Wanderungen an wenn der Nazi-Gebrer außer Hörweite ist. Vielleicht wird es später einmal im Kriminal-Museum der Hitler-Terrorerbrechen auch sein historisches Pläschen zugeweiht erhalten. Das schlichte und volkstümliche Lied lautet:

Gefügt aus Beton und Stahl  
Zieht 'ne Fabrik im Hahnenbach  
Maschinen, Räder sehen still,  
Doch Arbeitsvolk stößt du dort viel.  
Tausend Kameraden, Mann an Mann,  
Gefangen, bewacht, in Aht und Bann,  
Stolz bleibt das Herz und fest unser Sinn:  
Wir werden in die Heimat ziehn!

Die Mauern, wo mit junger Kraft  
Die Spinnerin einst hat geschafft,  
Sind jetzt die Welt der Kämpferkraft,  
Die streit für Recht und Freiheit war.  
Tausend Kameraden, Mann an Mann,  
Gefangen, bewacht, in Aht und Bann,  
Stolz bleibt das Herz und fest unser Sinn:  
Wir werden in die Freiheit ziehn!

Wenn jetzt im Haus der Hammer klingt,  
Der Säge Blatt den Stamm durchdringt,  
Wenn das Gewehrschloß droht und knackt,  
Ersthallt, als wärs ein einziger Takt:  
Tausend Kameraden, Mann an Mann,  
Gefangen, bewacht, in Aht und Bann,  
Stolz bleibt das Herz und fest unser Sinn:  
Wir werden frei zur Heimat ziehn!

Und steh das Schicksal uns in Nacht,  
Der Tag kommt, wo uns Sonne lacht  
Und wer in diesem Haus verweilt,  
Zu Weib und Kind und Freunden eilt!  
Tausend Kameraden, Mann an Mann,  
Nicht mehr gefangen in Aht und Bann,  
Mit heißem Herzen fürren wir beim  
Und frei, frei, frei wird Deutschland sein!

## Verbot kirchlicher Flugblätter

Bielefeld, 18. Mai. Die Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Minden mittel, hat die Verteilung von kirchlichen Flugblättern in den letzten Tagen in derartigem Maße angenommen, daß begründete Bedenken in bezug auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bestehen. Auf Grund des § 7 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 ist daher jede Verbreitung kirchlicher Flugblätter für den Bezirk der Staatspolizei-stelle Bielefeld verboten worden.



# Pariser Berichte

## Pariser Straßenkalender

Die große La Fayette-Ausstellung in der Pariser Orangerie wird erst am 21. Juni eröffnet. Die Familie La Fayette wird zu dieser Ausstellung persönliche Andenken senden.

Die „A.“, die Allgemeine Studentenversammlung in Paris, wurde neu gewählt. Vorsitzender wurde der Student Lespagnon. Der Rektor der Universität M. Charlety sprach die Hoffnung aus, daß sich bald eine Fédération des Étudiants de Paris bilde.

Der Dichter Henry Kistemackers wurde zum Präsidenten der Gesellschaft der dramatischen Dichter und Komponisten wiedergewählt.

Der „Temps“ berichtet mit Genugtuung, daß in Schweden das Französische neben dem Englischen wahlweise zur Haupt-Unterrichtssprache in den höheren Schulen zugelassen wurde.

Lucien Wahl bezeichnet in einer Kritik den neuen Film „Voilà Montmartre“, in dem viele bekannte Montmartre-Typen singen, als „einen parodistischen Versuch, der sich ein bißchen verstreut und wohl nicht ganz fertig ist, in dem aber durchaus gute Laune herrscht und in dem einige Poeten, deren gewisse Werke dazu worden, sich selbst ergötzt haben“. Am meisten lobt er eine komische Szene über die Kultur der Nudeln, die eine lustige Parodie der üblichen Reden der Speakers in den Naturfilmen ist.

## Hilfe für Flüchtlingskinder

Die etwa 260 deutschen Flüchtlingskinder, die Paris am 15. Mai abends unter Abschiedsszenen der vielen glücklichen und winkenden Mütter verlassen haben, sind die Gäste der schweizer Arbeiterhilfe. Manche der Kinder trugen bei der Abfahrt auf dem Bahnsteig des Pariser Lyon-Bahnhofes die Tracht der Roten Falken. Der Aufenthalt in der Schweiz, in deren gesunder Bergluft sich die Kleinen erholen sollen, ist auf zwei bis drei Monate dieses Sommers bemessen.

Der Transport wurde von dem Hilfskomitee, dem Komitee Matteotti und dem jüdischen Arbeiterbund zusammengestellt. Ursprünglich wollten die Schweizer auch österreichische Kinder einladen, doch wurde die Erlaubnis nicht erteilt. Bekanntlich findet diesen Sommer am Vierwaldstätter See auch ein französisch-schweizerisches Ferienlager der Arbeiterjugend statt.

In der französischen Presse werden die Bilder der Kleinen, die in die Schweiz fahren, mit freundlichen Worten für die Flüchtlinge veröffentlicht.

## „Die Insel der Riesen-Eidechsen“

Am zweiten Jahrestage des Brandes auf dem „Georges-Philipp“, dem der große Reporter Albert London zum Opfer fiel, wurde der zu Ehren des Weltjournalisten gestiftete Preis in Gegenwart der Tochter des Toten zuerkannt. Der als Preisträger hervorgegangene Stéphane Faugier siegte erst nach heißem Kampfe im dritten Wahlgange mit sieben gegen fünf Stimmen, die Paul Brin-

141, Trinité 43-13  
Métro Pigalle

# Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. b) Chirurgie c) Orthopädie d) Geburtshilfliche Klinik e) Zahnärztliches Kabinett  
Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

guier für seine Reportage einer Reise aus Südamerika mit dem Arc-en-Ciel erhielt. Der Sieger Faugier empfing den Preis für seine Reportage „Die Insel der Riesen-Eidechsen“.

## Französische Jugendherbergen

Es ist Mai, und es ist die Zeit der Pariser Radfahrer. In langen Schwärmen fahren Jungens und Mädels Samstags hinaus ins blühende Land. Die französischen Wälder hallen wieder von Vogelsang, und an den Flüssen draußen badet die Jugend, — obwohl das ein in Paris zu mindestens nur in den geschlossenen und kaum unter vier Franken zu betretenden Badeanstalten der Seine zu betreibender Sport ist. In dieser Maienzeit im Vorpfringsten ist es auch wohl angebracht, einmal der französischen Jugendherbergen zu gedenken, die in Frankreich eine allerdings neuere Einrichtung sind, die wohl aus der republikanischen Jugendbewegung hervorgegangen, aus dem Lande des Niederrheins, der Elbe, Spree und Donau übernommen wurde.

Die französischen Jugendherbergen unterstehen dem „Centre laïque des Auberges de jeunesse“, das die Errichtung neuer Waldheime für die jungen Menschen eifrig betreibt. Die Ueberrichtung wird zu mäßigem Preis, zu 2,50 bis 4 Franken gewährt, ferner werden Herd und Kochgeschirre zum Kochen zur Verfügung gestellt. Die Geselligkeit, besonders beim Wandern, entspricht der alten, echten proletarischen Eigenschaft der französischen Kameradschaft. Die Leitung der Jugendherbergen hat eine Reihe von Touren für Radfahrer und für Wanderer abgesteckt. Bis jetzt gibt es zwanzig Jugendherbergen. Bis zum August dieses Jahres sollen dreißig weitere errichtet werden.

Die erste Linie, die für die Jugend erschlossen wurde, ist Paris—Pyrenäen. Sie hat aber noch große Lücken. Sieben Kilometer vor den Toren der Hauptstadt auf dieser Strecke ladet die Jugendherberge Robinson ein, die eine Musteranstalt ist. Sie wurde im Juni vorigen Jahres geschaffen. Etwas weiter liegt die Herberge Villeneuve-Saint Georges,

die wahrscheinlich eröffnet werden wird. Fontainebleau wird voraussichtlich im Juni seine Herberge haben. An den Ufern der Loire, bei Orléans und Blois, im Lande der alten Schlösser, arbeitet man eifrig, um vor dem Sommer mit den Hütten fertig zu sein. Bei Tours, in der Touraine, wird auf jeden Fall eine Unterkunft im Schlosse Grammont errichtet, das Eigentum der Stadt Tours ist.

Weiter südlich, östlich der Vendée, folgt das Département Deux-Sèvres. Dort liegt seit den Ferien des vorigen Jahres eine Jugendherberge in Thouars. In Angoulême, in der Charente, die den Übergang nach dem Gironde bildet, nach dem Lande von Bordeaux, gibt es zwei Herbergen, eine in der Stadt Angoulême, eine im Walde von Braconné.

Bordeaux, die große Hafenstadt des Südens, hat ihre Jugendherberge sechs Kilometer entfernt in Pompignac. Eine zweite soll zwischen Libourne und La Réole, flussaufwärts errichtet werden. In dem Karbade Mimizan, in den „Landes“, ist die Jugendherberge im Thermalbade. Dies ist schon das Département, das der Adour, der Fluß von Bayonne, durchströmt. In den Pyrenäen, in unvergesslicher Gegend, sind die Herbergen Hossegor und Eaux-Bonnes, letztere im Schulhause.

Soweit die Südstrecke. Im Norden befinden sich zahlreiche Unterkünfte an der Kanalküste und in den französisch-belgischen Seebädern. Aubers an der Oise ist die erste Etappe, dann folgt Berneuil bei Beauvais, wo eine neue Hütte steht, die vor einem Monat eingeweiht wurde, dann Amiens. Der Kanal wird erreicht bei Cury, wo eine provisorische Einrichtung besteht.

Im Osten, nach den Ardennen zu winken die Herbergen Bascon bei Chateau Thierry.

Prächtig ist auch eine Fahrt in die Vogesen. Da kommt zunächst die Jugendherberge Provins, die wahrscheinlich im Juni aufgemacht wird, dann Herbergen in Troyes und in Chaumont, in Sait-Dié wird gerade eine Hütte verhandelt. Zehn Hütten der Naturfreunde in den Vogesen, die an den Bäumen markiert wurden, sind die besondere Freude der Jugend.

Von dort schließt sich die schweizerische Strecke an, mit einem schönen Heim am Vierwaldstättersee, an dem im August ein französisch-schweizerisches Ferienlager mit einem Tagespreis von 3,50 schweizer Franken (etwa 17,50 französischen) abgehalten werden soll.

Nach der Bretagne zu sollen etwa fünf Herbergen gegründet werden.

Im Massif Central in Mittelfrankreich gibt es eine „unabhängige“ Herberge in Villeneuve-sur-Auvergne, bei Etampes, von wo man Fontainebleau, Nevers und Moulins mit seiner Unterkunft erreichen kann.

Außer diesen abgesteckten gibt es aber auch noch eine Reihe einzeln gelegener Hütten, so in Nîmes, der Stadt der Römer-Arena, in dem wunderbaren Grenovle, in der Hafenstadt Le Havre, in der südlichen Meerstadt Marseille und so weiter.

Die französischen Jugendherbergen stehen Jugendlichen des Landes im Alter von 16 bis 30 Jahren offen. Auskünfte erteilt die französische Zentrale, 1, rue de l' Ave-Maria, Paris 4 e, Téléphone: Archives 32-24.

**Braunbuch II.**  
Dimit off contra Gölling  
Preis gebunden 2,- Fr.,  
gebunden 30,- Fr.  
Sofort lieferbar.  
Nach auswärtig nur gegen  
Voreinsendung des Betrags.  
Frankreich einsch.  
Porto gebunden 32,50 Fr.  
gebunden 22,- Fr. Ausland  
geb. 34,-, geb. 23,- Fr.  
Librairie Popsa  
Straßburg,  
2, rue Sedillot b. d. Börsen

**Steuerfragen  
Gesellschafts-  
gründungen**  
Wenden Sie sich an  
**F. BRIQUEU**  
LICENCIÉ EN DROIT  
ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuer-  
behörden, um von offiziellen Standpunkten  
aus beraten zu werden.  
25, Bd. Bonne-Nouvelle,  
PARIS (2). Telefon Louvre 22-93

## Todesfahrt des Staatenlosen

### Mit Frau und Kind

Preßburg, 18. Mai. Auf der Donau bei Preßburg ereignete sich am Sonntag ein tödliches Bootunglück. Der 33jährige Elektromonteur Johann Liebetrau, ein Siebenbürger Sachse, der zuletzt in Klagenfurt gewohnt hatte, aber sein österreichisches Heimatsrecht nicht nachweisen konnte, unternahm als Staatenloser den Versuch, mit Frau und Kind in einem kleinen Boot von Oesterreich nach Ungarn zu gelangen. Von den Resten seines Vermögens kaufte er Lebensmittel und trat mit seiner Gattin und seinem vierjährigen Söhnchen am Samstag in Wien die Reise im Boot an. Der Familie gelang es, die tschechoslowakische Grenze ohne Dokumente zu passieren. Knapp hinter der Grenze geriet das Boot auf einen Stein, wurde leck und sank. Während Liebetrau und sein Sohn von den Mitgliedern eines Kajakklubs gerettet werden konnten, fand die Frau den Tod in den Wellen.

## Die größte Briefmarkensammlung

### Aber alle gefälscht

DNB, Paris, 18. Mai. Bei einer Hausdurchsuchung in einer Villa in Barcelona entdeckte die Polizei für etwa zwei Millionen Franken falsche deutsche, ungarische, holländische, französische und tschechoslowakische Briefmarken sowie das gesamte Druckereimaterial für die Herstellung dieser Marken. Der Mieter der Villa, ein Ungar namens Geza Telsan, und dessen Bruder wurden verhaftet. Während der Hausdurchsuchung trat ein dritter Ungar, Oskar Bagal, ein, der ebenfalls im Besitz großer Mengen gefälschter Briefmarken war. Auch er wurde hinter Schloss und Riegel gesetzt.

## Herr Reichsgerichtspräsident!

### Wir warten auf Antwort!

Zwei tschechische Rechtsanwälte, Dr. Forts und Dr. Stern, haben, wie uns die Internationale Juristische Vereinigung mitteilt, beim Reichsgericht den formellen Antrag eingereicht, gemäß § 138 Abs. 2 der deutschen Strafprozessordnung zur Verteidigung Ernst Thälmanns zugelassen zu werden. In ihren Anträgen betonen sie, daß sie als ehemalige österreichische Anwälte vollkommen die deutsche Sprache beherrschen, also zur effektiven Führung der Verteidigung in hervorragendem Maße geeignet sind. Um eine Zulassung ihres Antrags mit der Begründung, daß die Vollmacht des Angeklagten fehle, unumgänglich zu machen, haben beide Anwälte gleichzeitig ein Schreiben an Thälmann selbst gerichtet, in dem sie ihn bitten, ihre beigefügte Vollmacht zu unterzeichnen. Man darf gespannt darauf sein, ob

die deutschen Behörden es wagen werden, Thälmann diese Briefe vorzuenthalten. Der Schritt der beiden tschechischen Anwälte, denen andere Advokaten folgen werden, ist die beste Antwort der Juristenwelt des Auslands auf das neue Terrorgesetz über die Errichtung der sogenannten „Volksgerichte“.

## Roter Husarensreich

### Oesterreichs Sozialdemokraten aktiv

Wenn man den Meldungen des Dollfuß-Regimes glauben schenken wollte, so müßte die sozialdemokratische Arbeiterschaft Wiens restlos niedergegangen sein. Eine ganze Reihe von einzelnen Vorgehenheiten, die wir im Laufe der Zeit mitteilen konnten, hat das Gegenteil bewiesen. Nunmehr zeigt eine Meldung aus Wien, wie aktiv die österreichische Sozialdemokratie trotz des Terrors des Dollfuß-Heimwehr-Drucks noch tätig ist. Das Deutsche Nachrichtenbüro verbreitet folgende Meldung:

DNB, Wien, 17. Mai. In einem Arbeiterheim im 16. Bezirk, in dem bereits mehrfach ohne Erfolg Nachsuchungen nach Waffen stattgefunden haben und in dem seit der Februar-Revolution eine Heimwehrabteilung untergebracht ist, erschloß eine Gruppe von Arbeitern in einem Lastkraftwagen und erklärte, den Auftrag zu haben, im Arbeiterheim nach Waffen zu suchen. Die Arbeiter begaben sich sofort an eine bestimmte Stelle und gruben dort 200 Gewehre aus, die von ihnen auf dem Lastkraftwagen verladen und abtransportiert wurden.

Nachher stellte sich heraus, daß die Arbeiter hierzu keinen Auftrag hatten. Es handelt sich vielmehr um Sozialdemokraten, die ihre im Arbeiterheim versteckten Waffen in Sicherheit gebracht haben.

## Neue Schlagwetter-Explosion

Brüssel, 17. Mai. Im Kohlentriebe von Mons hat sich in der Kohlengrube von Pantaged eine neue schwere Schlagwetterexplosion ereignet. Ein Bergmann, der der Rettungsmannschaft für die bei der Katastrophe vom Dienstagabend verschütteten Arbeiter angehörte, erlitten mit allen Anzeichen des Entlebens an der Oberfläche und berichtete, daß er genau derselben Stelle, an der sich die Katastrophe am Dienstagabend ereignet hatte, eine neue Explosion erfolgt ist, durch die eine Rettungsmannschaft von 20 Arbeitern und Ingenieuren verschüttet wurde. Ueber das Schicksal der Eingeschlossenen ist noch nichts bekannt.

DNB, Brüssel, 17. Mai. Von den etwa 20 Bergleuten, die bei den Rettungsarbeiten für die Opfer des Grubenunglücks vom Dienstagabend durch eine neue Schlagwetterexplosion verschüttet wurden, konnten sechs Mann lebendig geborgen werden.

## BRIEFKASTEN

**E. H., Prag.** Sie berichten uns, daß sich am Sonntag eine große Volksmenge gegen sechs Autos wandte, die die Patentreisefahrer zeigten. Man forderte die Entfernung der Fahnen. Derbestimmende Polizist schloß sich dieser Forderung an und beschlagnahmte, als die Insassen sich weigerten, die Flaggen zu entfernen, selbst die deutschen Habsburger. Der Vorfall widerspricht zwar den kürzlich getroffenen deutsch-tschechoslowakischen Vereinbarungen, die besagen, daß die deutschen Habsburger in der Tschechoslowakei den gleichen Schutz genießen sollen wie die aller anderen Staaten, zeigt aber, wie die Volksstimmung in der Tschechoslowakei ist.

**E. Prag.** Für Ihre Einwendung besten Dank. Wir konnten nicht davon übersehen und bitten Sie, einwilligen keine weiteren Manuskripte einzulanden.

**B. M. Brann.** Sie mögen uns darauf aufmerksam, daß der greise Präsident Masaryk wieder einmal ein Bekenntnis zur Demokratie abgegeben hat. Er sagte in einem Interview, die Demokratie sei noch sehr jung und durchaus läßig, die ihr drohenden Angriffe abzuwehren. Die Diffamierungen seien nur vorübergehende Erscheinungen für solche Staaten, die sich des monarchistischen Regimes begeben hätten und denen es bisher nicht gelungen sei, die Demokratie zu verwirklichen. — Wie wunderbar jung und gläubig ist dieser Mann doch im neunten Jahrzehnt, und wie gibt er sich noch immer Mühe, Denken zu lehren und nicht Gedächtes.

**Frank.** Von Ihnen und einigen anderen erzielten wir entsetzte Briefe, weil der im Wallerstädter Nordprozess wegen Mangelns an Beweisen freigesprochene Chauffeur Carl Viebig den von Stadtschaf Käsm an die alten SA-Männer verliehenen Ehrenlohn erhalten hat. Wir begreifen Sie nicht. Warum soll der an einem Morde vielleicht doch unschuldige Viebig nicht den Ehrenlohn tragen, wenn so viele erwiesene Mörder mit diesem Dolche geschmückt worden sind?

**L. H. Prag.** Nach Ihrer Meinung, haben sich bei den Betriebsvertrauensdirektoren mindestens zwei Drittel der Arbeiter durch Zimmeneinstellung oder Gegenstimmen als Feinde des Nationalsozialismus bekannt. Nur in einem einzigen Berliner Großbetriebe sollen nach Ihren Informationen die Nazis eine Mehrheit erhalten haben: im „Allianz-Konzern“. Da handelt es sich aber um Angehörige und zudem um ein Unternehmen, dessen Generaldirektor Reichswirtschaftsminister ist.

Seit 8 der „Zeitschrift für Sozialismus“, der wissenschaftlichen Monatschrift der deutschen Sozialdemokratie, ist soeben erschienen. Es enthält folgende Aufsätze: Henschel Jaffé: Rückblick über Deutschland; Alexander Schirin: Oesterreichlicher Aufbau und deutscher Sozialismus; Leopold Franz: Rechtskraft, Gewaltenteilung und Sozialismus; Otto von Pulk: Klagenbewußtsein und Avantgarde. Dazu Wossen und Buchbesprechungen. Zu beziehen durch die Verlagshandlung „Graphia“, Raasdorf, Rantstraße.

Für den Gehaltsinhalt verantwortlich: Johann P. in Duderstadt, für Anzeigen: Otto Kub in Saarbrücken Notationsdruck und Verlag, Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schützenstraße 5, — Schließfach 776 Saarbrücken.